

Flüchtlingshilfe – Ehrensache für uns

Organisation und Zusammenhalt zeigten gute Ergebnisse



Ukrainische Kinder erhalten im Mehrgenerationenhaus Unterricht, da die Grundschule Torgelow keine Raumkapazitäten mehr hat.

„In einer Zeit des russischen Kriegs gegen die Ukraine, in einer Zeit, in der Geflüchtete den Schutz und die Chance auf ein Leben in Frieden bei uns suchen, ist Solidarität mehr denn je gefragt“, betont Susanna Karawanskij, Präsidentin der Volkssolidarität. „Schon in der Pandemie haben wir trotz aller Hürden den Zusammenhalt bewiesen. Und auch jetzt zeigen hauptamtlich und ehrenamtlich Tätige gemeinsam die Bereitschaft, für Menschen da zu sein, besonders für Hilfebedürftige“, so die Präsidentin.

Am 13. März haben sich, auf Initiative des Bürgermeisters von Liepgarten, Falk Becker, Freiwillige mit Kleinbussen von der Volkssolidarität Uecker-Randow (UER), der GWW (Gemeinnützige Wohn- und Werkstätten) und ein Reisebus der Firma Rene Riechert auf den Weg nach Warschau gemacht, um ukrainische Flüchtlinge nach Deutschland zu holen. 100 Frauen, Kinder und ältere Männer trafen so am 14. März 2022 in der Jugendbegegnungsstätte „Am Kutzowsee“ in Plöwen ein.

Fortsetzung auf Seite 3

**Liebe Vereinsmitglieder,
verehrte Leser des
„Seniorenkuriers“,**

was wäre die Gesellschaft ohne die Sozial- und Wohlfahrtsverbände mit ihren zahlreichen freiwilligen ehrenamtlichen Helfern? Sie sind Dienstleister für die Kommunen und übernehmen Pflichten der Daseinsvorsorge. Gegenwärtig zeigen sie neben ihren sonstigen Aufgaben ein großes Engagement und persönlichen Einsatz bei der Betreuung der Flüchtlinge aus der Ukraine. „Krieg bedeutet immer Zerstörung und Leid. Wir verlangen, dass alle Beteiligten wieder an den Verhandlungstisch zurückkehren und unverzüglich jegliche Kampfhandlungen eingestellt werden.“ erklärt die Präsidentin der Volkssolidarität Bundesverband e.V. Susanna Karawanskij angesichts des Krieges in der Ukraine.

Für diese große Hilfsbereitschaft und deren Einsatzwillen gebührt allen Helfern, darunter den vielen Seniorinnen und Senioren aus den Seniorenbeiräten und Senioreninitiativen unseres Landes, ein großes Dankeschön. Deshalb befassen wir uns in dieser Ausgabe mit den vielfältigen Aktivitäten der Helfer, aufgezeigt am Beispiel der Volkssolidarität Uecker-Randow. Jetzt zeigt sich, wie effektiv unsere Netzwerke in den Kommunen arbeiten und sich bewähren. Richtig wird in dem Beitrag aber auch darauf verwiesen, dass bei allem Engagement für die Kriegsgeflüchteten aus der Ukraine dabei die vielen Flüchtlinge aus anderen Ländern nicht vergessen werden dürfen, um keinen Neid und keinen Unmut aufkommen zu lassen. Es darf nicht der Anschein erweckt werden, dass es Kriegsflüchtlinge erster und zweiter Klasse gibt. Wir stellen uns diesen Herausforderungen. Dazu wünschen wir allen Leserinnen und Lesern viel Erfolg.

Brigitte Seifert
Stellvertretende
Vorsitzende
des Landesseniorenbeirats M-V e. V.

Aus dem Inhalt

Seite	4	Integrationsbeauftragte – Hilfe bündeln
Seite	9	Entlastungspaket nicht für Rentner
Seite	25	Aus Landkreisen und Städten



Vitanas



LIEBEVOLLE UND QUALIFIZIERTE PFLEGE

Wir bieten: Stationäre sowie Kurzzeitpflege in allen Pflegegraden
Spezieller, zertifizierter, Wohnbereich für Menschen mit Demenz | Wir kochen
täglich frisch und abwechslungsreich | Reinigungsservice für die persönliche
Wäsche | Kostenfreie Bettwäsche und Handtücher | Hauseigener Friseur
Fußpflege kommt ins Haus | Zahlreiche Therapie-, Tätigkeits- und Freizeit-
angebote | Hübscher Garten mit vielen Sitzgelegenheiten
Mitnahme der eigenen Möbel gerne möglich | Haustiere
sind herzlich willkommen | Regelmäßige Veranstaltungen

**RUFEN SIE AN ODER KOMMEN SIE VORBEI.
WIR BERATEN SIE GERNE PERSÖNLICH.**



Vitanas Senioren Centrum Am Schlossgarten
Adam-Scharrer-Weg 12 | 19053 Schwerin
☎ (0385) 51 19 - 0 | vitanas.de/amschlossgarten

Vitanas Senioren Centrum Im Casino
Pfaffenstraße 3 | 19055 Schwerin
☎ (0385) 575 66 - 0 | vitanas.de/imcasino

Fortsetzung von Seite 1

Haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter der Volkssolidarität UER begrüßten sie mit einem warmen Essen, Getränken, Sanitärartikeln und Spielsachen. Einige Flüchtlinge wurden von Verwandten aus Deutschland noch in derselben Nacht abgeholt, 43 wurden in die Jugendherberge „Castrum“ nach Torgelow gebracht. Dort wurden sie in den ersten Tagen von Helfern betreut. Das Essen kam von der Küche im Mehrgenerationenhaus und sofort wurden von den Einheimischen Sachspenden gebracht.

Die Volkssolidarität Uecker-Randow engagiert sich seit Jahren in der Flüchtlingshilfe, sei es in der Migrationsberatung für Erwachsene, der Koordinierung der Integrationshilfe in der Stadt, den Willkommensveranstaltungen und der Netzwerkarbeit. Wir konnten also auf gute Erfahrungen zurückgreifen. Schnell war das Netzwerk der Stadt unter Leitung der Volkssolidarität UER aktiviert, um die nächsten Aufgaben abzustimmen und organisiert zu wirken, denn täglich trafen und treffen weitere Geflüchtete ein. Vor allem ging es um die Registrierung der Flüchtlinge bei den Ämtern, die Bereitstellung von

Wohnraum, Sprachmittler und Dolmetscher zu akquirieren, das Einwerben von Spenden und die Beantragung von Fördermitteln. In der Jugendherberge konnten die Flüchtlinge nur bis zum 8. April bleiben. In enger Zusammenarbeit mit der Bürgermeisterin Torgelows, Kerstin Pukallus, der Wohnungsbaugesellschaft, dem Mehrgenerationenhaus, dem Ukranieland e.V., dem DRK und der OAS (Organisation zur Arbeitsförderung und Strukturentwicklung GmbH) wurden Wohnungen bereitgestellt.

Die größte Hürde war jedoch, diese Wohnungen mit Betten, Schränken, Küchen, Stühlen, Tischen, Lampen und anderem Mobiliar auszustatten. Viele Bürger meldeten sich, um Gegenstände und Möbel aus dem Haushalt abzugeben. Schwierigkeiten gab es beim Transport, da die entsprechenden Fahrzeuge nur in geringer Anzahl zur Verfügung standen. So manch eine geflüchtete Familie verbrachte die erste Zeit nur auf Matratzen, ohne Stühle oder Tische in ihrer eigenen Wohnung. Eine alte Wohngebietsgaststätte wurde als Möbellager eingerichtet, so dass dort Möbel von Einheimischen gebracht und Geflüchtete sich diese aussuchen konn-

ten. Gleich in der zweiten Woche haben wir den Deutschkurs organisiert, da die Frauen schnell die deutsche Sprache erlernen wollten. Zwischenzeitlich gibt es mehrere Deutschkurse im Mehrgenerationenhaus. Da die Grundschule und Regionale Schule keine Kapazitäten haben, um die Kinder in ihren Räumlichkeiten zu beschulen, wurde im Mehrgenerationenhaus der Wintergarten dazu hergerichtet.

Bei allem Engagement für die Kriegsgeflüchteten aus der Ukraine dürfen wir nicht die Flüchtlinge aus anderen Ländern vergessen. Neid und Unmut kommen sonst ganz schnell auf. Wir stellen uns diesen Herausforderungen. Mit den Spenden und den geförderten Projekten u.a. von der Ehrenamtsstiftung M-V können wir die ehrenamtliche Arbeit zu einem Teil finanzieren. Seit dem 1. Mai 2022 erhalten wir vom Landkreis Vorpommern-Greifswald für die hauptamtliche Betreuung der dezentral untergebrachten ukrainischen Flüchtlinge ebenfalls eine finanzielle Entschädigung.

*Brigitte Seifert
Stellv. Vorsitzende*

des Landesseniorenbeirats M-V e. V.

Vorgestellt – Volkssolidarität

Was wäre die Gesellschaft ohne die Sozial- und Wohlfahrtsverbände?

Sie sind Dienstleister für die Kommunen und übernehmen Pflichtaufgaben der Daseinsvorsorge. Mit ihren 140.000 Mitgliedern und 19.000 ehrenamtlichen Mitarbeitern ist die Volkssolidarität einer der größten Wohlfahrtsverbände. Die Volkssolidarität setzt sich für mehr soziale Gerechtigkeit, die Stärkung des Sozialstaates und gegen die zunehmende Spaltung der Gesellschaft ein.

Sie wurde im Oktober 1945 in Dresden als Hilfsorganisation gegründet. Sie konzentrierte sich in dieser Zeit auf jene, die am schwersten un-

ter den Folgen des Krieges zu leiden hatten. Das waren Kinder, Alte und Kranke, Vertriebene und heimkehrende Kriegsgefangene. In den 50er Jahren wandelte sich der Charakter der Volkssolidarität. Ihre vorrangige Aufgabe in Ostdeutschland war nun die sozial-kulturelle Betreuung älterer Menschen in den Veteranenclubs/Begegnungsstätten. Nach 1990 wandelten sich zahlreiche Verbandsgliederungen in eingetragene Vereine. Heute ist die Volkssolidarität einer der modernsten und fachkundigsten Sozialdienstleister im

gesamten Gebiet der ehemaligen DDR. Leider wurde in der Wendezeit versäumt, auch in den alten Bundesländern Verbandsgliederungen ins Leben zu rufen. Dies ist nur in Ratingen (Nordrhein-Westfalen) gelungen. Der Dachverband ist der Paritätische Wohlfahrtsverband, der wiederum Mitglied in der Großen LIGA ist und dort die Interessen u.a. der Volkssolidarität gegenüber der Bundes- und Landesregierung vertritt.

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Sicher haben Sie schon mal die Äußerung auch von Älteren gehört, die meinten, dass die Volkssolidarität (VS) nur was für ältere Menschen sei. Dies ist jedoch grundverkehrt, denn die VS hält unter dem Leitgedanken „Miteinander – Füreinander“ Angebote für Menschen jeden Alters, von 0 bis über 100 Jahren, mit oder ohne Handicap, egal welcher Nationalität oder Konfession vor. Dies möchte ich am Beispiel der Volkssolidarität Uecker-Randow (UER) zeigen. Der Verein zählt gegenwärtig 2.150 Mitglieder und ist mit über 620 hauptamtlichen und 400 ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen einer der größten Arbeitgeber in der Region Uecker-Randow. Das Spektrum der unterschiedlichen professionellen wie auch ehrenamtlichen Angebote umfasst beinahe sämtliche Lebensberei-



Uecker-Randow e. V.

che. So betreibt die VS UER vollstationäre Pflegeeinrichtungen, Tagespflegeeinrichtungen, einen ambulanten Pflegedienst, Seniorenwohngruppen und Servicewohnen mit Betreuungsangeboten. In der Eingliederungshilfe gibt es Angebote wie ambulantes betreutes Wohnen in der eigenen Häuslichkeit, ambulantes Gruppenwohnen, sozialtherapeutische Wohngruppen, Wohnheime für chronisch psychisch kranke Menschen, Tagesstätten für psychisch kranke Menschen, Erlebnisbauernhof, Ambulant Psychiatrischen Pflegedienst (APP) und Soziotherapie sowie eine Begegnungsstätte für Menschen mit Handicaps. Im Bereich Kinder und Jugend ist die VS UER Träger von 10 Kitas und Horten, Schul- und Jugendsozialarbeit, Integrations- und Schulbegleitern. Die Volkssolidarität UER organisiert seit 17 Jahren die Jugendweihen im südlichen Teil des Landkreises Vorpommern-

Greifswald. Sie bietet viele Möglichkeiten der Begegnung und Beratung, so im Mehrgenerationenhaus, der senior-Trainer-Agentur, den Begegnungsstätten für Senioren und Familien, Elternberatung, Migrationsberatung und Flüchtlingsbetreuung, Ergänzende unabhängige Teilhabe, Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen. Weitere Angebote sind die Praxen für Ergotherapie und Logopädie, die Mittagsversorgung (u.a. Essen auf Rädern) und Catering, Fahrdienst, Seniorenreisen und Schneiderstuben. Als gemeinnützige und basisdemokratische Mitgliederorganisation in der Wohlfahrtspflege liegt das Ansinnen der Volkssolidarität nicht in der Profitmaximierung, sondern immer bei den ihnen anvertrauten Menschen. Das unterscheidet sie jetzt wie auch zukünftig von großen privatisierten Sozialkonzernen.

Brigitte Seifert
Mitarbeiterin VS UER

Krieg in der Ukraine – Hilfen bündeln

Informationen der Integrationsbeauftragten der Landesregierung

Zum 24. Mai 2022 werden es drei Monate sein. Drei Monate nach Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Viele Geflüchtete suchen in Mecklenburg-Vorpommern Schutz. Am 9. Mai waren rund 13.000 Plätze in längerfristigen und Not-Unterkünften in unserem Land belegt. Nicht erfasst sind Geflüchtete, die privat untergekommen sind. Und auch jetzt kann niemand abschätzen, wie sich die politische Lage und Fluchtbewegungen weiter entwickeln werden.

Als neue Integrationsbeauftragte der Landesregierung bin ich Teil des Krisenstabes der Landesregierung geworden, um in einem Arbeitsstab Hilfen der Zivilgesellschaft zu bündeln. Gleich zu Beginn wurde deutlich, die Hilfsbereitschaft in Mecklenburg-Vorpommern ist groß. Viele Spendenaufrufe, Sammelstellen und



Jana Michael, Integrationsbeauftragte der Landesregierung M-V

Konvois wurden quasi über Nacht organisiert. Dieser Einsatz ist herausragend und ich möchte hier die Gelegenheit nut-

zen, allen Helfenden herzlich zu danken. Die Helferinnen und Helfer sind die Heldinnen und Helden unserer Zeit. Sie zeigen großen Mut, wenn sie die Menschen unterstützen und in die Augen schauen, die alles verloren haben. Menschen, die sehr verletzt, einsam und gleichzeitig trotzdem hoffnungsvoll sind.

Mit ihrer Arbeit ergaben sich viele Fragen für ehrenamtlich und hauptamtlich Engagierte. Die Landkreise und kreisfreien Städte, Kommunen und Organisationen haben daraufhin Websites und Kontaktstellen eingerichtet, um Informationen bereitzustellen. Auch wir haben mit einer Sonderseite „Ukraine“ auf dem Willkommensportal des Landes (<https://willkommeninmv.de>) auf diesen Bedarf reagiert. Denn wenn die Menschen aus der Ukraine ankommen,

müssen ganz wesentliche Dinge vermittelt werden, wie zum Beispiel, wo sie ärztliche Versorgung in Anspruch nehmen, eine Unterkunft finden oder finanzielle Hilfen erhalten können. Auf dem Willkommensportal haben wir diese Informationen aus den verschiedenen Bereichen zusammengetragen und verweisen auf die regionalen Anlaufstellen und Kontakte. Neben Angaben wie zur Ankunftssituation oder zur gesundheitlichen Versorgung bietet das Portal zusätzlich Bereiche mit Auskünften und Service-Nummern für Frauen mit Kindern sowie für Menschen mit Behinderungen. Darüber hinaus verfügt die Website über eine Landkarte, die wichtige Anlaufstellen aufzeigt. Diese Kategorien sind in insgesamt sechs Sprachen abrufbar.

Daneben wollen wir die Projekte, die jetzt dringend benötigt werden und die gesellschaftliche Integration von geflüchteten Menschen fördern, stärker unterstützen. Daher wurde beschlossen, dass der bestehende Integrationsfonds mit einer Million Euro auf insgesamt zwei Millionen Euro aufgestockt wird. Weiterhin stehen seitens des Landtages MV weitere Mittel in Höhe von 350.000 Euro in Aussicht. Dieser „Aufbaufonds für humanitäre Unterstützung der Ukraine“ soll dann sowohl für Unterstützungsangebote wie Sprachkurse, Sprachmittlung, psychosoziale Beratungsangebote sowie Angebote für Kinder und Jugendliche als auch für Hilfstransporte und Wiederaufbauprojekte in der Ukraine genutzt werden können.



Sammelaktion in Stralsund

Wichtige Websites

www.fluechtlingsrat-mv.de/downloadlinks/__trashed/
www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de/ukrainehilfe/#toggle-id-26
www.ehrenamtsstiftung-mv.de/ukraine-hilfe/
<https://willkommeninmv.de/ukraine/>
www.Germany4Ukraine.de
www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/staatsministerin/krieg-in-der-ukraine

Liebe Leserinnen und Leser, auch wenn schon viele Wochen seit dem Kriegsausbruch vergangen sind, möchte ich hier noch einmal dafür werben, dass Spenden für Geflüchtete und Sachspenden für Güter-Transporte in die Ukraine weiter gebraucht werden. Kontaktstellen können z.B. der Flüchtlingsrat MV oder das Aktionsbündnis Deutschland Hilft sein.

Mecklenburg-Vorpommern steht für Weltoffenheit. Dies zeigt sich gerade jetzt. Diese Willkommenskultur für Geflüchtete gilt es zu pflegen – unabhängig der Herkunft der Menschen.
Herzliche Grüße

*Ihre Jana Michael
Integrationsbeauftragte
der Landesregierung*

Erste Mahlzeit: Nachmittagskafé

In Kuba hat die Rente in den vergangenen 20 Jahren im Durchschnitt stark an Kaufkraft verloren und reicht heute gerade noch für etwa eine Woche Grundversorgung aus. Viele alte Menschen sind daher mangel- oder unterernährt, denn nicht immer gibt es Familienmitglieder oder Nachbarinnen und Nachbarn, die sie unterstützen.

Vor allem Pfarrgemeinden bieten, mit Unterstützung von zumeist ehrenamtlichen Helfern, einen Mittagstisch, ein Frühstück oder einen Nachmittagskafé mit einem Brötchen an. Unterstützung kommt auch von der Caritas. Für manche der alten Menschen ist der Nachmittagskafé die erste Mahlzeit des Tages.

Zwischen den Monaten

Ereignisse von März bis Mai 2022 in unserem Bundesland unter Mitwirkung des LSB

Vorstandsmitglieder haben im März, April und Mai an verschiedenen Videokonferenzen zu den Themen **Gesundheit, Ernährung, Mobilität** und **bürgerschaftliches Engagement** und der Hybridveranstaltung der **Opferschutzberatung** im Neustädtischen Palais teilgenommen.

*

Die 4. Sitzung des Organisationskomitees zur Vorbereitung des **12. Altenparlamentes** fand am 1. März 2022 unter Leitung von Brigitte Seifert in Schwerin statt. Schwerpunkt dieser Beratung war die Erarbeitung der Entwürfe der drei Leitanträge „Ausbau und Erhaltung der Beratungslandschaft“, „Corona und digitale Teilhabe“ sowie „Klima, Umwelt und Demokratie“. Die nächste Sitzung ist für den 27.06.2022 geplant. Hier sollen dann die Endfassungen der Leitanträge zur Versendung an die Delegierten verabschiedet werden. Zwischenzeitlich benennen die teilnehmenden Organisationen und Vereine und Verbände ihre Delegierten zum 12. AP.

*

Der Landessenorenbeirat traf sich am 7. März mit Vertretern der Seniorenorganisationen der Vereine, Verbände, Gewerkschaften und Parteien unseres Bundeslandes zum **39. Kooperationstreffen** in Schwerin. Schwerpunkt dieser Veranstaltung war die inhaltliche Vorbereitung des XII. Altenparlamentes 2022. Die Arbeitskreisleiter informierten über den Stand der Erarbeitung der drei Leitanträge und diskutierten zu Ergänzungen und Änderungsvorschlägen mit den Teilnehmern. In der nächsten Sitzung des Organisationskomitees im Juni werden die Leitanträge abschließend beraten und an die bis dahin von den Organisationen zu ernennenden Delegierten verschickt.

*

Am 8. April trafen sich Brigitte Seifert und Bernd Rosenheinrich vom LSB

mit Staatssekretär Tom Michael Scheidung und Referatsleiter Andreas Peters vom Bildungsministerium. Unser Anliegen betraf das **lebenslange Lernen** und die Angebote für Senioren dazu und die Möglichkeiten einer Weiterbildung von älteren Erwerbstätigen vor Renteneintritt zur Übernahme von ehrenamtlichen Aufgaben.

*

Der Vorstand des Landesrates für **Kriminalitätsvorbeugung**, dessen Mitglied der Vorsitzende des LSB als Vorsitzender der AG Seniorensicherheit ist, tagte am 28. April in Präsenz unter Leitung des Staatssekretärs Wolfgang Schmülling. Hier wurde den Vorstandsmitgliedern das Berliner Pilotprojekt „proaktiv“ als Servicestelle für Betroffene von Straftaten vorgestellt. Menschen, die eine Gewalt- oder Straftat erlebt oder beobachtet haben, soll mit diesem Projekt der Weg in die Unterstützungs- und Hilfelandschaft erleichtert werden. Die Polizeibeamten bieten den Anzeigstellern vor Ort die Unterstützung durch die proaktiv-Servicestelle an, um sich nicht selbstständig um Hilfe kümmern zu müssen. Weitere Punkte der Tagesordnung waren unter anderem das aktuelle Fördergeschäft und die Aktivitäten der einzelnen Arbeitsgruppen des Landesrates, sowie Informationen über ausgewählte Schwerpunkte der Polizeilichen Kriminalstatistik.

*

Der **Landespflegeausschuss** M-V beschäftigte sich am 6. Mai in einer Videokonferenz unter Leitung von Ministerin Stefanie Drese mit den Themen:

- aktuelle tarifliche Entlohnung von Pflegepersonal
- Flexibilisierung der Fachkraftquote
- Gesetzgebungsverfahren zur Änderung des Einrichtungenqualitätsgesetz M-V

Nachdem Monika Schmidt als Vertreterin des LSB ausgeschieden ist, wurde Bernd Rosenheinrich als neues Mitglied mit beratender Stimme vorgestellt.

*

Am 10. Mai nahm der Vorsitzende Bernd Rosenheinrich an einer Videokonferenz der **Landesarmutskonferenz** zu den Vorhaben und Aufgaben des Jahres 2022 teil. Im Oktober ist eine Fachkonferenz vorgesehen. Das Thema Armuts- und Reichtumsbericht M-V als Forderung an die Landesregierung ist nach wie vor aktuell.

*

In den Videokonferenzen der **Task Force Corona und Soziales** des Sozialministeriums wurde der Landessenorenbeirat vom Vorsitzenden Bernd Rosenheinrich vertreten.

*

Das **Seniorenmitwirkungsgesetz** sollte alle 5 Jahre evaluiert werden. Die letzte Anpassung wurde 2014/15 durchgeführt. Demnach hätte 2020 turnusmäßig die nächste Anpassung erfolgen sollen. Auf Grund der Coronalage und damit verbundenen teilweisen Umstellung von Arbeit ins Homeoffice musste die Evaluierung mehrfach verschoben werden. Es wird jedoch angestrebt, noch in diesem Jahr zu einer Überarbeitung zu kommen. Das Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung M-V ist an den Landessenorenbeirat herangetreten und hat eine Reihe von Fragen an uns gestellt. Diese wurden vom Landessenorenbeirat zeitnah beantwortet.

*

Einer guten Tradition folgend hat sich der Vorstand des Landessenorenbeirates nach der Landtagswahl 2021 an die teilweise neu zugeschnittenen Ministerien gewandt, um die Erwartungen der Seniorinnen und Senioren in Mecklenburg-Vorpommern an die Landesregierung heranzutragen

und gemeinsam die Ziele zu besprechen. Mit dem Ministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit fand am 6.4.2022 eine Videokonferenz zum **Schwerpunkt Mobilität** statt. Von unserem Vorstand nahmen Bernd Rosenheinrich und Joachim Kießling teil.

Insbesondere wurden folgende Themen besprochen:

1. Wie ist der aktuelle Stand zur Einführung eines Seniorentickets? Die Einführung wird für Anfang 2023 geplant.

Unsere Forderungen:

- Nutzung für Personen ab 65 Jahren.
- Die Berechtigung ist mit dem Personalausweis oder dem Rentenausweis nachzuweisen.
- Die Nutzung des Tickets ist im gesamten ÖPNV und SPNV in Mecklenburg Vorpommern möglich.
- Das Jahresticket ist unbedingt als Abo, Wochenticket, Monatsticket sowie als attraktives Tagesticket für Spontanreisende anzubieten.
- Der Erwerb des Seniorentickets ist bei allen beteiligten Unternehmen im personenbedienten Verkauf und nicht nur über das Internet anzubieten.

– Im ländlichen Raum ist das Ticket auch im RufBus nutzbar und die Erfahrungen mit dem Fifty Fifty Ticket sind bei einer Taxi-Nutzung zu prüfen.

2. Die Einbeziehung des Landesseniorenbeirates bei Ausschreibungen im ÖPNV/SPNV.

3. Die Beschilderungen auf unseren Straßen sind oft nicht nachvollziehbar (hier haben wir Beispiele aufzeigt).

4. Einsatz von Fahrzeugen, die den Anforderungen von Seniorinnen und Senioren gerecht werden.

5. Die Teilhabe von Bürgern mit Behinderungen am öffentlichen Leben ist insbesondere im ÖPNV und SPNV wichtig.

6. Schaffung eines Verbundsystems für das gesamte Land (analog zum VBB für Berlin/Brandenburg).

7. Optimierung der Anschlussbedingungen zwischen ÖPNV, SPNV und dem Fernverkehr.

8. Neue innovative Konzepte zur Mobilität für die Seniorinnen und Senioren insbesondere im ländlichen Raum. Dies sind Forderungen/Bitten des Landesseniorenbeirates zum Schwerpunkt Mobilität. Unsere Erwartungen und

Forderungen haben wir dem Ministerium schriftlich übergeben. Wir wollen auch weiter im Gespräch bleiben.

*

Am 12. Mai feierte **Jürgen Lorenz** seinen 80. Geburtstag.



Er war in der letzten Wahlperiode (11.10.2017 – 14.10.2021) als Schatzmeister in den Vorstand des Landesseniorenbeirates gewählt worden, seit der letzten Wahl am 14. Oktober 2021 ist er nicht mehr im Vorstand, wurde dort aber als Kassenprüfer gewählt. Bereits vor seiner Mitarbeit im Vorstand war er Mitglied der AG Seniorensicherheit des LSB und dort ist er auch jetzt noch Mitglied. Seit 2013 ist er Mitglied im Kreissenorenbeirat des Landkreis Rostock als stellv. Vorsitzender und seit 2015 als dessen Vorsitzender. ■

LSB-Regionalkonferenz in Teterow

Am 31. März fand im Kulturhaus Teterow eine Regionalkonferenz des Landesseniorenbeirates statt. Prof. Dr. Steffen Fleßa aus Greifswald sprach über die „Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum“. Er gab einen umfassenden Überblick zur stationären Versorgung und zu den Problemen im ländlichen Raum in Mecklenburg-Vorpommern. In seinem Vortrag stellte er auch Bezüge zu seiner mehrjährigen Tätigkeit in Afrika her. Im Anschluss beantwortete Prof. Fleßa zahlreiche Fragen. Die ambulante Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum konnte im zeitlichen Rahmen der Konferenz nur angedeutet wer-



Wie gewohnt nahmen viele Interessierte an der Regionalkonferenz teil.

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

den – z.B. Rehabilitation und Prävention könnten zur Thematik einer weiteren Regionalkonferenz werden.

Der Bürgermeister der Stadt Teterow Andreas Lange begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und informierte ausführlich über Ergebnisse der Zusammenarbeit von Seniorenbeirat und Stadtverwaltung in Teterow. Er stellte den Teilnehmern ein

Schema darüber zur Verfügung. Dankenswerterweise unterstützte die Stadtverwaltung unsere Regionalkonferenz mit der Übernahme der Miete im Kulturhaus.

Beate Berger vom Sozialministerium informierte aktuell aus Ihrem Amt. Sie wird voraussichtlich die Ansprechpartnerin für den Landessenorenbeirat.

Brigitte Seifert sprach zur Vorbereitung des 12. Altenparlaments am 20.

Oktober 2022 in Schwerin. Die Anträge werden derzeit bearbeitet und den Kreissenorenbeiräten dann zur Stellungnahme und Meinungsbildung zugestellt.

Die Regionalkonferenz schloss mit einem kurzen Erfahrungsaustausch und Informationen über Termine der Seniorenbeiräte.

Dr. Georg Weckbach

Vorstandsmitglied

des Landessenorenbeirats

Klausurtagung des LSB

Eine Klausurtagung des Landessenorenbeirats M-V e.V. fand am 3. Mai gemeinsam mit den Vorsitzenden der Kreissenorenbeiräte in Neubrandenburg in der Diakonie Begegnungsstätte statt. Geleitet wurde sie vom Vorsitzenden Bernd Rosenheinrich.

Es gab einen regen Meinungsaustausch über diverse Themen, die bereits in den zuständigen Ministerien angesprochen wurden. Schwerpunkte waren diesmal Bildung, Verkehr, Sport und der Besuch des Bundestagsabgeordneten Erik von Malottki.

Thema Verkehr:

Unter anderem wurde zum wiederholten Male die oft vielfältig differenzierte und damit teilweise sinnlose Beschilderung auf unseren Straßen angesprochen. Zu oft wechseln Geschwindigkeitszeichen einander in den unterschiedlichsten Abstufungen in dichter Reihenfolge ab. Dies schafft insbesondere bei langen Fahrten in unbekanntem Gegenden oft Verwirrung. Hier sollte eine sinnvolle und logische Lösung gefunden werden.

Bei den immer größer werdenden Autos ist es dringend erforderlich, auch die Infrastruktur wie beim Parken mit anzupassen. Noch immer sind die Fahrer zum Beispiel eines SUV gezwungen, sich in Parklücken zu zwängen, die einem Kleinwagen wie Trabbi durchaus genügen. Beson-



Erweiterte Arbeitsberatung des Vorstandes mit den Kreissenorenbeirats-Vorsitzenden.

Foto: Michael Altrichter

ders Fahrer, die auf eine Gehhilfe angewiesen sind, haben es schwer, sich mit ihren Krücken oder Rollatoren in den engen Parkbuchten aus ihren Autos zu zwängen. Barrierefreiheit muss hier dringend geschaffen werden. Unverständlich, dass die Länder ständig neue Leitlinien erlassen, um die Infrastruktur den Verkehrsmitteln anzupassen, statt den Autoherstellern konkrete Vorgaben gemäß der vorhandenen Struktur zu machen.

Auch bei den Bushaltestellen werden die Richtlinien der Barrierefreiheit oft nicht eingehalten. Dies gilt für Sichtbehinderungen und ähnlichem. Standorte der Haltestelle und deren Ausstattung sollten dahinge-

hend überprüft und angepasst werden. An jeder Haltestelle sollten Einstiegshilfen und Bordsteine nach den gültigen Richtlinien vorhanden sein. Vermehrt werden Unfälle mit Pedelecs gemeldet. Diese Fahrzeuge, die sich unter älteren Mitbürgern zunehmender Beliebtheit erfreuen, haben so ihre Risiken. Eine Möglichkeit zu Schulungen könnte die Sicherheit im Straßenverkehr herstellen bzw. erhöhen.

Einen großen Raum nahm auch die aktuelle Diskussion über die Einführung des Senientickets ein. Die Ausgabe sollte nach Vorlage des Personalausweises erfolgen. Ein Extra-Ausweis mehr würde den bürokratischen Aufwand erhöhen.

Thema Sport:

Es gab die Meinung, dass Senioren in Sportvereinen unterschiedlich berücksichtigt werden. So mangelt es an altersgerechten Sport- und Spielstätten sowie Schwimmhallen. Bemängelt wurde auch, dass immer wieder Sporteinrichtungen geschlossen werden. Wir benötigen mehr geeignete Räume für Bewegung. In diesem Zusammenhang wurde an den ehemaligen Sportfunktionär Willi Daume erinnert, der dereinst sagte: „Die Gesellschaft wird nicht nach der Menge der gesammelten Medaillen beurteilt, sondern nach der Fitness der Greise“. Übrigens sind Schwimmen und Tanzen auch sportliche Betätigungen.

Auch die Bezahlung der Ausbildungs- und Übungsleiter wurde angesprochen. Im Vergleich mit anderen Bundesländern sei diese viel zu gering. Ein Beitrag zur Lösung dieser Probleme soll durch einen intensiveren Kontakt zwischen Landesseniorenbeirat und Landessportbund herbeigeführt werden. Erste Gespräche dazu wurden bereits geführt.

Thema Bildung:

Lebenslanges Lernen gilt auch für die ältere Generation. Die vorhandenen Angebote der Universitäten und

Hochschulen des Landes sowie der Beitrag der Volkshochschulen sollten besser koordiniert werden. Angesprochen wurden die regional unterschiedlich stark gestiegenen Preise für die Angebote. Für aus dem Berufsleben ausscheidende Bürger sollten Bildungsangebote zur Vorbereitung auf ein Ehrenamt vorgehalten werden. Hieran muss noch gearbeitet werden.

Diskussion mit dem Bundestagsabgeordneten Erik von Malottki

Erik von Malottki, geboren 1986 in Grevesmühlen, verheiratet, 1 Sohn, ist seit Oktober 2021 Mitglied des 20. Deutschen Bundestages. Er erklärte in lebhafter Diskussion seine Pläne und Forderungen im Bundestag. Nach seiner Aussage ist er für einen fairen Ausgleich zwischen den alten und neuen Bundesländern, besonders in Bezug auf das Lohn- und Rentenniveau. Auch möchte er sich für gut bezahlte Pflegekräfte bei Berücksichtigung eines einheitlichen Personalschlüssels einsetzen. Er befürwortete die Einführung des 9 Euro Tickets und will sich für Bahnprojekte einsetzen. So ist er für den Ausbau der Bahnstrecke Neustrelitz – Feldberg. Auch die Rekonstruktion der Karniner Hubbrücke wird von ihm unterstützt.

Damit soll die Bahnverbindung nach Berlin ausgebaut werden. Besonderes Augenmerk will er auf den altersgerechten Wohnungsbau lenken. Bei der geplanten Auszahlung von 300 Euro Energiekostenzuschlag für erwerbstätige Bürger lenkte er nach lebhafter Diskussion ein und merkte, dass dabei die Rentner nicht berücksichtigt werden. Dies ist in den neuen Bundesländern besonders zu bedauern, da das Rentenniveau hier in der Regel geringer ist als in den alten Bundesländern. Die vorgesehene Rentenerhöhung liegt noch unter der gegenwärtigen Höhe der Inflation. Beim Thema Ehrenamt wurde klar, dass es hier noch Möglichkeiten der Verbesserung gibt. Herr von Malottki möchte aus dem Kreis der Senioren Vorschläge zur Verbesserung bekommen. Auch strebt er an, sich mindestens einmal im Jahr mit dem Vorstand des Landesseniorenbeirats zu treffen. Insgesamt war die Klausurtagung auf Grund der vielen Themen sehr lebhaft und vielseitig. Es zeigte sich mal wieder, wie wichtig ein persönlicher Austausch von Meinungen ist.

*Michael Altrichter
Vorstandsmitglied
des Landesseniorenbeirats*

Entlastungspaket nicht für Rentner!

Landesseniorenbeirat befragt Bundestagsabgeordnete

Nachdem der Bundestag eine Reihe von Maßnahmen zur Eindämmung der sozialen Auswirkungen der Inflation beschlossen hat, mussten wir feststellen, dass die Rentner nicht dabei sind. Wir neiden keinem den zu erwartenden Zuschlag. Doch mit der überschwänglich angekündigten Rentenerhöhung werden nicht einmal die Mehrkosten der Inflation ausgeglichen. Ein böses Erwachen wird es bei vielen mit den kommenden Nebenkostenabrechnungen der Miete geben. Bisherige Maßnahmen begünstigen

auch Besserverdienende statt Rentner mit kleinen Alterseinkommen. Ist das sozial und ausgewogen? Bereits im Vorfeld haben wir als Interessenvertretung der Seniorinnen und Senioren gemäß Seniorenmitwirkungsgesetz M-V in Briefen (siehe Kasten) im April an alle Bundestagsabgeordneten unseres Landes und im Mai an den Bundeskanzler Olaf Scholz und die Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Lisa Paus, darauf hingewiesen, dass die Rentner auch Bürger dieses Lan-

des sind und unter den gegenwärtigen Bedingungen leiden. Mehr als 20 Prozent der Rentner bundesweit sind arm. In Mecklenburg-Vorpommern werden im Ergebnis der Politik der Niedrigstlöhne in der Vergangenheit gegenwärtig auch Niedrigstrenten gezahlt. Im Osten lag 2020 der durchschnittliche Zahlbetrag einer gesetzlichen Rente bei durchschnittlich 1252 Euro. Private Zusatzversicherungen und Betriebsrenten Fehlanzeige.

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

Wer Spekulationen mit Energieträgern und Lebensmitteln zulässt, braucht sich über kontinuierlich steigende Preise nicht wundern. Nachdem die Überprüfung der Benzinpreise angedroht wurde, gab es einen Preisrückgang von ca. 25 Cent/Liter Super.

Nach tagelanger Untätigkeit stiegen die Preise aber umgehend wieder an. Die Spekulationen mit Lebensmitteln an der Börse bescheren uns nicht nur höhere Preise, sondern weltweit steigende Zahlen von verhungerten Kindern. Was für eine Moral!

Bisher erfolgten schriftliche Reaktionen durch den Fraktionsvorsitzen-

den Dietmar Bartsch und die Abgeordnete Ina Latendorf der Fraktion Die Linke und die Abgeordnete Ulrike Schielke-Ziesing sowie Leif-Erik Holm von der AfD-Fraktion, sie versicherten, unser Anliegen zu unterstützen. Unterstützung sagte im persönlichen Gespräch auch der SPD-Abgeordnete Erik von Malottki in Neubrandenburg zu.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Ampelkoalition hat ein Entlastungspaket zum Ausgleich für steigende Energiekosten beschlossen. Berufstätige erhalten eine Einmalzahlung von 300 Euro unabhängig von ihrem Einkommen. Rentnerinnen und Rentner werden jedoch nicht entlastet. Völlig unverständlich und inakzeptabel ist für den Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern e.V. die Entscheidung, ältere Menschen nicht zu berücksichtigen. Höhere Heiz- und Stromkosten treffen Rentnerinnen und Rentner mindestens genauso wie Beschäftigte, in der Regel jedoch stärker, da sie auch tagsüber zu Hause sind.

Nicht wenige Rentnerinnen und Rentner zahlen inzwischen nicht unerhebliche Steuern, so wie Berufstätige. Noch weniger ist zu verstehen, dass Menschen mit kleinen Renten, die in der aktuellen Situation besonders auf Unterstützung angewiesen sind, auch vom Entlastungspaket ausgeschlossen werden. Die niedrigsten Löhne bundesweit führen auch zu den niedrigsten Renten in M-V.

Zusätzliche Einmalzahlungen gibt es für Empfänger von Sozialleistungen in Höhe von 200 Euro. Somit dürften zumindest Empfänger von Grundsicherung im Alter von diesem Paket profitieren.

Gesonderte Entlastungsmaßnahmen wurden für den Bereich der Mobilität für einen Zeitraum von drei Monaten vereinbart. Von den angekündigten Maßnahmen im ÖPNV dürften die Rentnerinnen und Rentner im ländlichen Raum unseres Landes nur wenig profitieren, wenn es dort keine Bus- oder Bahnverbindungen gibt. Hier sind die Rentnerinnen und Rentner auf ihren privaten Pkw angewiesen, um zum Einkaufen oder zum Arzt zu gelangen. Der Landesseniorenbeirat M-V e. V. hätte mehr Ausgewogenheit bei den Entlastungen erwartet.

Mit freundlichen Grüßen



Bernd Rosenheinrich
Vorsitzender

Vorliegende Stellungnahmen

Dietmar Bartsch (DIE LINKE)

Meine Position ist sehr klar: ebenso wie meine gesamte Fraktion finde ich es inakzeptabel, dass Rentnerinnen und Rentner vom „Entlastungspaket“ der Bundesregierung so wenig profitieren. Gerade angesichts der Inflationsrate ist die Rentensteigerung zum 1. Juni nicht nur nicht ausreichend, sondern es gibt reale Einkommensverluste.

Ich habe dieses Thema in meinen Reden im Deutschen Bundestag, in Pressestatements und in Sendungen thematisiert und werde mich weiter dafür einsetzen, eine Änderung zu erreichen. Ich stimme Ihnen ebenso zu, dass die Lohnentwicklung in unserem Bundesland ein Problem ist.

Gut ist, dass die neue Landesregierung dieses Thema zeitnah oben auf ihrer Agenda platziert hat. Sie können also sicher sein, dass die von Ihnen festgestellten Probleme auch von uns nicht nur angesprochen, sondern da, wo es möglich ist, auch konkrete Schritte zur Veränderung unternommen werden.

Dietmar Bartsch, MdB

Ina Latendorf (DIE LINKE)

Vielen Dank für Ihr Schreiben zum Entlastungspaket der Bundesregierung für steigende Energiekosten und das damit zum Ausdruck gebrachte Vertrauen des Landesseniorenbeirats MV.

Die soziale Situation der Rentner ist für die Fraktion DIE LINKE im Bundestag ein zentrales Anliegen. Seit Jahren setzen wir uns für eine finanzielle Entlastung der Rentner ein. Wir fordern die Anhebung des Minimalrentenniveaus auf 53 Prozent sowie **monatliche** Entlastungszahlungen an alle Rentner in Höhe von mindestens 50 Euro bis zum Ende der Energiekrise.

Ich habe eine Kopie Ihres Schreibens an den rentenpolitischen Sprecher meiner Fraktion, Matthias W. Birkwald, weitergeleitet.

Ina Latendorf, MdB

Ulrike Schielke-Ziesing (AfD)

Als rentenpolitische Sprecherin unserer Fraktion bin ich mir der Lage unserer Rentner in MV sehr bewusst: Die Belastungen, die Sie aufzählen (Steuern, hohe Kosten für Mobilität wie auch die Preissteigerungen allgemein) treffen die Rentner hier in der Tat noch stärker als anderswo in der Republik.

Es ehrt Sie, dass Sie positiv erwähnen, dass „zumindest“ die Empfänger von Grundsicherung im Alter durch die Einmalzahlung von 200 Euro aus dem geplanten Entlastungspaket „profitieren“. Die Frage ist doch allerdings: Was ist mit den vielen Rentnern, die nur knapp über dieser Grenze liegen, und leer ausgehen? Denn das dürfte aufgrund der niedrigen Renten bei uns der Normalfall sein.

Insofern stimme ich Ihnen zu, die nun getroffenen Entlastungen sind weder ausgewogen noch ausreichend. Wir werden daher als AfD-Fraktion einen Entschließungsantrag einbringen, indem wir als ersten Schritt fordern, die Einmalzahlung von 300 Euro auf alle Rentner auszuweiten. Im Entwurf dazu heißt es: „Die einmalige Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro soll allen Steuerpflichtigen und Rentnern zu Gute kommen und gleichzeitig steuer- und abgabefrei gestellt werden. Die Auszahlung der Zuschüsse soll direkt durch die Finanzbehörden auf Basis der Steueridentifikationsnummer erfolgen. Damit ist gewährleistet, dass die Betroffenen die Zahlung auch wirklich als echten Zuschuss wahrnehmen.“

Als Rentenpolitikerin mit 25-jähriger beruflicher Erfahrung in der DRV möchte ich allerdings ergänzen, dass es sich bei dieser Frage der angemessenen Entlastung der Rentner wieder einmal um rein symptomatische Maßnahmen handelt. Ähnlich wie bei der Grundrente wird auch hier versucht, die Ursache der Rentenmisere oberflächlich zu „verpflastern“, die da lautet: Die Renten in Deutschland sind zu niedrig.

Es hilft nun nicht viel, im Nachhinein auf die Versäumnisse der Rentenpo-

litik der letzten Jahrzehnte zu zeigen (auch, wenn das notwendig ist), spätestens jetzt sollte man sich ernsthaft bemühen, das System zu stabilisieren und wieder aufzubauen. Ich weiß nicht, wie Sie diesbezügliche Pläne der Ampelregierung bewerten, es würde mich interessieren.

Nach intensiven internen Diskussionen ist nun unter meiner Federführung ein „Eckpunktepapier Altersversorgung“ entstanden, indem wir uns bemüht haben, entsprechend sinnvolle Maßnahmen zu entwickeln.

Vielleicht haben Sie Interesse daran, einmal mit mir darüber ins Gespräch zu kommen, bei Interesse stehe ich für einen Termin gerne zur Verfügung!

Ulrike Schielke-Ziesing, MdB

Leif-Erik Holm (AfD)

Ich kann Ihre Enttäuschung über die Politik der Ampelkoalition gut verstehen. Auch ich habe mich gefragt, wie es sein kann, dass die Senioren beim sogenannten Entlastungspaket der Bundesregierung völlig hinten herunterfallen. Offenbar braucht man bei der SPD die Rentner nur, wenn gerade Wahlen sind. Dabei sind gerade unsere älteren Bürger von den hohen Energie- und Spritpreisen betroffen. Schließlich wohnen viele von ihnen zur Miete, können also nicht von irgendwelchen Solarprämien profitieren. Sie sind – wie Sie richtig schreiben – auch tagsüber mehr zu Hause und im Alltag auf das Auto stärker angewiesen, um mobil zu bleiben und einkaufen zu können.

Hinzu kommt, dass es noch Wochen bis Monate dauern wird, bis wichtige Teile des Maßnahmenpakets überhaupt umgesetzt werden. Bundeskanzler Scholz druckste ganz bewusst herum, als ich ihn Ende März bei der Regierungsbefragung im Bundestag fragte, wann denn die Entlastungen endlich kämen: Er weiß es schlicht nicht. Denn was die Ampel großspurig angekündigt hat, muss zwischen den einzelnen Koalitionsparteien erst

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

abschließend ausgehandelt werden. Bis das geschieht, wird noch einige Zeit vergehen, und man darf gespannt sein, was am Ende von den Versprechen übrigbleibt. Vermutlich nicht viel. Die Bürger brauchen aber jetzt Entlastung. Es darf keine weitere Zeit verloren werden. Die massiv steigenden Preise sind für Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen – zu denen eben besonders viele Rentner und Senioren gehören – eine kaum noch zu

schulternde Belastung. Hier bedarf es dringend schneller Hilfe und Unterstützung.

Meine Fraktion wird sich daher sowohl im Bundes- als auch im Landtag weiter dafür einsetzen, dass wirklich alle Bürger wirksam, unkompliziert und zügig von den viel zu hohen Energiepreisen entlastet werden. Das gilt auch insbesondere für die älteren Generationen, denen wir den Wohlstand der vergangenen Jahrzehnte verdanken. Auch deshalb kämpfen wir dafür, die nicht funktionierende

und immer kostspieligere sogenannte Energiewende zu beenden. Heizen, Autofahren und Strom dürfen nicht zum Luxus werden!

Leif-Erik Holm, MdB

Folgender Brief wurde im Mai an den Bundeskanzler Olaf Scholz und gleichlautend an die Seniorenministerin Lisa Paus geschickt. Dazu lagen bis Redaktionsschluss keine Reaktionen vor. Uns danach zugehende Antworten veröffentlichen wir im nächsten Seniorenkurier.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,

die Ampelkoalition hat letzte Woche das Entlastungspaket verabschiedet und die Gelegenheit verstreichen lassen, noch Änderungen an diesem vorzunehmen. Vollmundig hat Finanzminister Christian Lindner verkündet, dass die Menschen in Deutschland für die drastisch gestiegenen Energiepreise entlastet werden müssen. Das Energie-Entlastungspaket der Bundesregierung ist jedoch sozial ungerecht, weil die Mehrzahl der Rentnerinnen und Rentner wohl nicht zu den Menschen zählen und außen vor bleiben. Völlig unverständlich und inakzeptabel ist für den Landessenorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern e.V. die Entscheidung, ältere Menschen nicht zu berücksichtigen. Höhere Heiz- und Stromkosten treffen Rentnerinnen und Rentner mindestens genauso wie Beschäftigte, in der Regel jedoch stärker, da sie auch tagsüber zu Hause sind und heizen müssen.

28 Prozent der Beschäftigten in Mecklenburg-Vorpommern arbeiteten 2021 im Niedriglohn, also unterhalb von 12,27 Euro pro Stunde. Gleichzeitig arbeiteten sie bezogen auf das gesamte Jahr 4,2 Prozent, also 55 Stunden länger als der Bundesdurchschnitt. Dementsprechend ist auch die Höhe der Renten im Vergleich zu anderen Bundesländern im unteren Bereich angesiedelt. Zusätzlich zahlen die Bürger unseres Landes eine der höchsten EEG-Umlagen.

Alle Discounter haben die gestiegenen Energiepreise auch in Mecklenburg-Vorpommern umgelegt, folglich bezahlen die Rentnerinnen und Rentner des Landes auch hier die Erhöhungen in voller Höhe bei ihren Einkäufen mit und erhalten keinen Bonus. Hohe Nachzahlungen kommen auch auf ältere Mieter und Wohnungseigentümer wegen der stark gestiegenen Preise bei Heizkosten zu und führen für die privaten Haushalte zu einer weiteren großen Belastung.

Darauf haben wir bereits alle Bundestagsabgeordneten aus Mecklenburg-Vorpommern in einem Brief hingewiesen. Bisher ohne Erfolg. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, nochmals ihre Entscheidung zu überdenken und eine rasche Einführung des Energiegeldes für alle Haushalte zu sichern. Übrigens zahlen inzwischen auch eine große Anzahl der Rentnerinnen und Rentner in diesem Staat jährlich ihre Steuern.

Diese Forderung wurde heute auf einer gemeinsamen Klausurtagung des Vorstandes des Landessenorenbeirates M-V e. V. mit den Vorsitzenden der Kreissenorenbeiräte unseres Bundeslandes abgestimmt und einstimmig beschlossen.

Mit freundlichen Grüßen

Bernd Rosenheinrich
Vorsitzender

Neue Corona-Basismaßnahmen

In Pflegeeinrichtungen gilt 3G und Maskenpflicht

„Die Corona-Lage hat sich in den vergangenen Wochen in allen Landkreisen und den beiden kreisfreien Städten entspannt. Das Infektionsgeschehen ist rückläufig, ebenso die Inzidenzen in den Krankenhäusern und auf den Intensivstationen. Deshalb ist jetzt der richtige Zeitpunkt für die Aufhebung der Hotspot-Regelungen“, so Gesundheitsministerin Stefanie Drese.

Der Landtag hatte in Sitzung den Beschluss zur Feststellung einer epidemischen Lage aufgrund der deutlich entspannten Corona-Lage nicht verlängert. Damit entfallen automatisch die Hotspot-Regelungen in der Corona Landesverordnung und es gelten nur noch die nach dem Infektionsschutzgesetz zulässigen Basisschutzmaßnahmen. Damit ist auch der Beschluss des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Greifswald berücksichtigt.

Ministerin Drese erinnerte gleichzeitig an die schwierige Situation in Mecklenburg-Vorpommern im März: „Wir hatten ein dynamisches Pandemiegeschehen mit den bundesweit höchsten Inzidenzen und eine enorme Belastung, in Teilen sogar Überlastung der Krankenhäuser durch ein sehr hohes Patientenaufkommen. Hinzu kam eine große Anzahl an infizierten und nicht einsatzfähigen Beschäftigten. Zeitweilig mussten sogar Notaufnahmen geschlossen werden“. In dieser Phase trat zum 20. März das neue Infektionsschutzgesetz „mit nicht ausreichenden Schutzmaßnahmen, zu unkonkreten Vorgaben und kompliziert umsetzbaren Regelungen“ in Kraft. „Dieses Bundesgesetz kam zum falschen Zeitpunkt und hat den Ländern die Arbeit enorm erschwert“, sagte die Ministerin.

Drese: „Ich bin fest überzeugt davon, dass Landesregierung und Landtag

mit ihrem konsequenten Handeln und der Beibehaltung bestimmter Schutzmaßnahmen über den 20. März hinaus dazu beigetragen haben, dass die Corona-Situation in unserem Land nicht komplett außer Kontrolle geraten ist. Wir haben damit Menschen geschützt und die Krankenhäuser entlastet.“

Nachdem durch das OVG-Urteil bereits seit dem Wochenende in vielen Einrichtungen bzw. bei vielen Angeboten keine Masken- und Testpflichten mehr bestanden, entfallen seit dem 28. April auch die übrigen Masken- und Testpflichten. „Dazu gehören die Testpflicht für Ungeimpfte bei der Anreise in Hotels, die 2G-Plus-Regelung in Diskotheken und Clubs sowie die Maskenpflicht in Kinos, Theatern und Museen“, so Drese.

Nach Auslaufen der Hotspot-Regelungen verbleiben seit dem 28. April aber als Basis-Schutzmaßnahmen die Maskenpflicht im ÖPNV und die Maskenpflicht für Besucher/innen in Krankenhäusern, Arztpraxen und Pflegeeinrichtungen (sofern vulnerable Gruppen gefährdet sind).

Mit der in Kraft getretenen neuen Corona-Verordnung Pflege und Soziales gibt es allerdings eine Änderung für Besucherinnen und Besucher in Alten- und Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen für Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen.

„Es gilt dort fortan die 3G-Regelung“, teilte Sozialministerin Stefanie Drese in Schwerin mit. Das bedeutet, dass jede besuchende und aufsuchende Person, die nicht geimpft oder genesen ist, die Einrichtung oder das Angebot nur mit negativem, tagesaktuellem Schnelltest bzw. nicht länger als 48 Stunden zurückliegendem PCR-Test betreten darf.

Bisher mussten unabhängig vom Impfstatus alle Besuchenden von Einrichtungen im Bereich der Pflege und Eingliederung einen entsprechenden Test vorweisen. Für Geimpfte und Genesene entfällt dieser nun seit dem 28. April.

Auch nach Auslaufen der allgemeinen Corona-Hotspot-Regelungen bleibt es im Pflegebereich bei der Maskenpflicht. Das betrifft Besuchspersonen und Personal der Einrichtungen und Angebote in voll- und teilstationären Pflegeeinrichtungen, ambulanten Pflegediensten sowie besonderen Wohnformen für Menschen mit Behinderungen.

Für Personal und Nutzende von Werkstätten für Menschen mit Behinderungen (inkl. Tagesgruppen und Tagesstätten) sowie für Hilfsangebote durch familienentlastende Dienste gilt diese Verpflichtung nur, soweit die Personen sich nicht innerhalb ihrer jeweiligen Gruppen- oder Schulumräumlichkeit beziehungsweise unter Berücksichtigung des Mindestabstands von 1,5 Meter an ihren dauerhaft zugewiesenen Arbeitsplätzen befinden. Für Nutzende gilt die Verpflichtung außerdem nur, soweit ihnen das Tragen möglich ist.

„Ältere und vorerkrankte Menschen sind besonders schutzbedürftig. Deshalb ist die Maskenpflicht in den Alten- und Pflegeeinrichtungen auch weiterhin eine wichtige Schutzmaßnahme und ausdrücklich im Infektionsschutzgesetz verankert“, verdeutlichte Drese.

Insgesamt sind in Mecklenburg-Vorpommern mit Stand 27. April 42 Corona-Ausbruchsgeschehen mit 1.153 Fällen in vollstationären, teilstationären oder ambulanten Pflegeeinrichtungen zu verzeichnen. ■

Deutlicher Anstieg bei Auszubildenden in der Pflege

Neues Konzept zahlt sich absehbar aus

Sozialministerin Stefanie Drese betonte anlässlich des Internationalen Tages der Pflege am 12. Mai die hohe Bedeutung von guten Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen sowie einer tarifgebundenen Bezahlung, um den stetig steigenden Fachkräftebedarf im Pflegebereich in den kommenden Jahren decken zu können.

„Wir sind gerade bei der Pflegeausbildung in Mecklenburg-Vorpommern gut vorangekommen. In den vergangenen Jahren haben sich stetig mehr junge Menschen für eine Pflegeausbildung entschieden“, sagte Drese. Während im Schuljahr 2017/18 in MV rund 950 Auszubildende starteten, waren es in diesem Schuljahr 1.550. Das entspricht einem Anstieg von über 60 Prozent.

Einen Grund für den erfreulichen Zuwachs an Pflege-Azubis sieht die Mi-

nisterin in der Einführung der generalistischen Ausbildung. Drese: „Mit dem Start der generalistischen Pflegeausbildung haben wir einen wichtigen Schritt für eine attraktivere Ausbildung und mehr Fachkräfte in der Pflege gemacht. Ein wesentlicher Fortschritt ist, dass die Ausbildung mit der Einführung 2020 kostenfrei für die Auszubildenden ist.“

Die Ausbildung wird über einen Pflegeausbildungsfonds finanziert, der im Jahr 2022 ca. 105 Millionen Euro umfasst und vom Landesamt für Gesundheit und Soziales verwaltet wird. Alle etwa 1.200 Einrichtungen, die von der Pflege-Ausbildung partizipieren, sowie das Land und die Pflegeversicherung zahlen darin ein.

Die tatsächlich ausbildenden Institutionen (Schulen und Träger der praktischen Ausbildung, z.B. Kran-

kenhäuser sowie ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen) erhalten daraus die vereinbarten Ausbildungsbudgets bezogen auf die Schüleranzahl erstattet. „Das bedeutet, je mehr zukünftige Fachkräfte ausgebildet werden, desto größer ist das Fonds-Volumen“, verdeutlichte die Ministerin.

Insgesamt durchlaufen derzeit in Mecklenburg-Vorpommern knapp 3.000 Azubis (1. + 2. Ausbildungsjahr) die neue generalistische Ausbildung zur Pflegefachfrau bzw. zum Pflegefachmann. Die Ausbildungszeit beträgt drei Jahre – erste Abschlüsse werden 2023 erwartet. Insgesamt 29 Schulen bilden in Mecklenburg-Vorpommern aus, darunter sind neun öffentliche Schulen. Der praktische Teil findet bei etwa 400 Ausbildungs-Trägern statt. ■

LSBTwie*?

Wörterbuch zur geschlechtlichen und sexuellen Vielfalt

Das Sozialministerium und der Landesverband LSVD Queer Mecklenburg-Vorpommern e.V. haben gemeinsam ein neues Wörterbuch zur geschlechtlichen und sexuellen Identität mit dem Titel „LSBTwie*?“ veröffentlicht. „Wie eine Fibel soll diese Handreichung zur Wissensvermittlung und Aufklärung für Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen unseres Landes genutzt werden“, informierte Sozialministerin Stefanie Drese. Die Ministerin erklärte, dass Gleichberechtigung für alle Menschen, unabhängig von ihrer geschlechtlichen Identität und ihrer sexuellen Orientierung, immer noch nicht selbstverständlich sei. „Oft bestehen Vorbehalte und Vorurteile. Um diese abzubauen, ist das Wörterbuch eine große Hilfe als kleines Lexikon über die

Bedeutung von über 60 Wörtern und Begriffen, die im Zusammenhang mit der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt benutzt werden. Deshalb werden wir gerade Fachkräften in den Schulen und Jugendeinrichtungen, jungen Menschen sowie weiteren Institutionen diese Informationen zur Verfügung stellen.“

Darüber hinaus könne die Publikation als ein wichtiges Instrument in der Beratung zu den Themen HIV, AIDS und sexuell übertragbaren Infektionen (STI), Präventionsarbeit sowie Beratung von Hilfesuchenden genutzt werden.

Das Wörterbuch, ergänzt durch Informationen zu 30 Kontaktstellen in M-V, steht auf den Seiten des Sozialministeriums zum kostenlosen Download zur Verfügung. Über den Landesver-

band LSVD Queer Mecklenburg-Vorpommern e.V. wird das Wörterbuch an Interessierte verteilt.



PDF-Download:

www.regierung-mv.de/serviceassistent/download?id=1645382

Medienkompetenz-Preis MV 2022 vergeben

Sozialministerium vergibt Preis an Kirchengemeinde Wattmannshagen

Der Medienkompetenz-Preis Mecklenburg-Vorpommern wurde am 28. April in Rostock vergeben. Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport unterstützt den Preis mit dem Themenschwerpunkt „Kindheit und Alter“. In dieser Kategorie wurde das Filmprojekt „Trudes Tagebuch – Wie Kinder vor 80 Jahren lebten“ der Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinde Wattmannshagen (Landkreis Rostock) ausgezeichnet.

„Das ist ein tolles Projekt. Ich gratuliere den Gewinnerinnen und Gewinnern. Allen voran Pastorin Gesine Wiechert, die 20 Kinder und Jugendliche zusammengebracht und ein spannendes

und kreatives Filmprojekt auf die Beine gestellt hat“, sagte Sozialministerin Stefanie Drese anlässlich der Preisverleihung. Die jungen FilmemacherInnen stellen sich vor, wie Kinder vor 80 Jahren lebten. Dafür schlüpfen sie in Kostüme, sammeln Gegenstände und filmten szenisch den Alltag in ihren neuen Rollen.

Die Ministerin hob hervor, dass das Projekt mit einer komplexen Vorbereitungsarbeit verbunden war. Die Durchführung der Filmaufnahmen sei trotz Corona unter Pandemiebedingungen erfolgreich gelungen. So sei ein generationsübergreifendes Medienprodukt entstanden.

Die Preisverleihung war der Auftakt des Filmfestivals FiSH im StadtHafen Rostock. Der Medienkompetenzpreis MV wird von der Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern, der Ministerpräsidentin M-V, dem Ministerium für Bildung und Kindertagesförderung M-V sowie dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport M-V ausgelobt. In diesem Jahr haben sich 27 Projekte aus ganz Mecklenburg-Vorpommern beworben. Insgesamt acht herausragende Medienbildungsprojekte wurden prämiert. Es wurden Preisgelder in einer Gesamthöhe von 6.000 Euro vergeben. ■

Ehrenamtsmesse 2022

15. Veranstaltung wird erneut digital ausgerichtet

Dieses Jahr soll wieder eine Ehrenamtsmesse durchgeführt werden – allerdings erneut nicht in Präsenz, sondern in digitaler Form. Nachdem im letzten Jahr wegen der Pandemie eine „richtige“ Messe nicht durchgeführt werden konnte, soll das virtuelle Konzept zunächst fortgesetzt werden, allerdings finden Teile der 15. Messen erst im Herbst statt.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Ehrenamtsmesse MV leitet und koordiniert die Aktion. Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft sind der Sozialverband VdK M-V e.V., der DRK-Landesverband M-V e.V. mit seinen regionalen Gliederungen und der Landesseniorenbeirat M-V e.V..

Insbesondere das DRK in MV trägt die Verantwortung für die jährlichen Ehrenamtsmessens bei der Organisation und Durchführung. Die Ehrenamtsstiftung MV ist Kooperationspartner. Die MitMachZentralen MV bringen sich seit 2020 aktiv in die Projektarbeit ein.



ehrenamt
messe **M-V**

In Vorbereitung dazu gab es im Mai die „Zukunftswerkstatt Ehrenamtsmessens“, um gemeinsam mit Vereinen und interessierten Menschen das zukünftige Format der Ehrenamtsmessens zu gestalten. Hier kamen inhaltliche Schwerpunkte, organisatorische Fragen und die Termine auf den Prüfstand, das Profil soll neu geschärft werden, um Menschen für ein Ehrenamt zu gewinnen.

Zur Auftaktveranstaltung am 24. September 2022 soll es eine digitale Grußbotschaft der Schirmherrin Manuela Schwesig, Ministerpräsidentin des Landes M-V, geben. Geplant sind an diesem Tag auch Gespräche

mit dem Sozialministerium, dem Bildungsministerium, dem Finanzministerium, dem Umweltministerium und dem Innenministerium.

Es folgen weitere Onlineveranstaltungen, so wird es zum Beispiel digitale und interaktive Austauschräume vom 19. bis 21.10.2022 geben. Hier werden sich Vereine und Verbände präsentieren und mit interessierten Menschen über ihre Angebote austauschen. Den Abschluss bildet am 22.10.2022 das Format „Junges Engagement in MV“.

Fortsetzung auf Seite 16

Fortsetzung von Seite 15

Junge Menschen sollen Statements zu ihrem Engagement geben, was sie motiviert, was Freude bereitet, aber auch welche Hindernisse es bei ihrer ehrenamtlichen Arbeit gibt. Unterstützer des jugendlichen Engagements sollen ebenfalls interviewt werden.

Die Stiftung Ehrenamt des Landes MV begleitet seit 2017 die Ehrenamtsmessungen. Im Jahr 2021 in einer neu-

en Qualität: im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung zwischen dem DRK Landesverband M-V e.V. und der Stiftung. Die dabei festgelegten Ziele hatten den Zweck, die Zivilgesellschaft und die Ehrenamtsmessungen in digitaler Form 2021 erfolgreich verlaufen zu lassen. Im Rückblick war die Zusammenarbeit wichtig und produktiv.

Ehrenamtsmessungen haben sich in den vergangenen Jahren zunehmend im gesundheitlich aufklärenden und

sozialen Bereich profiliert. Somit dienen sie auch als Service-Angebot für Menschen mit Handicaps, Menschen, die Opfer von Gewalt und Kriminalität wurden, aber auch für Menschen in erschwerten Lebensbedingungen. Allen Menschen die Teilhabe am regionalen Vereinsleben zu ermöglichen, ist eine wichtige Aufgabe der Messen.

Weitere Infos:

www.ehrenamtsmessungen-mv.de

Diakonie – gemeinsam in MV entlasten

Wichtiger Erfahrungsaustausch für Kurzzeitpflegen in MV

Seit Mitte 2021 kooperieren die Diakonie Kurzzeitpflege Güstrow und das Augustenstift Schwerin. Die stationäre, solitäre Kurzzeitpflege hat für pflege- und betreuungsbedürftige Menschen in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Diese Kurzzeitpflege ist vom Gesetzgeber als eine Übergangszeit nach einer Behandlung im Krankenhaus oder aus einer häuslichen Krisensituation heraus verfasst worden.

Auch wenn häusliche Pflege für einen begrenzten Zeitraum nicht mehr ausreicht, ist die Kurzzeitpflege das richtige Hilfsangebot und eine Entlastung für pflegende Angehörige. Es ist kein Geheimnis, dass die durchschnittliche Verweildauer für Patienten in den letzten Jahren in den Kliniken kontinuierlich abnahm. So entstand ein Verschiebeparkplatz vor allem zu Lasten der häuslichen Situation bei der Versorgung von pflegebedürftigen Angehörigen. Die Krankenhausnachsorge wurde für die häusliche Pflege

bedeutend intensiver und aufwändiger. „Der veränderten, gesundheitlichen Situation nach einem Klinikaufenthalt müssen zumeist die persönlichen Lebensverhältnisse angepasst werden.

Hier sollte eine fachliche Beurteilung erfolgen, die neben dem aktuellen Versorgungsbedarf auch die individuellen Möglichkeiten und Perspektiven für den Pflegebedürftigen erkennt“, erklärt Antje Weidemann, Bereichsleiterin für den stationären Pflegebereich bei der Diakonie Güstrow e.V.

Dies alles hat die Diakonie Güstrow auf dem letzten Arbeitstreffen am 31.3.2022 mit dem Augustenstift Schwerin besprochen. Damit wurde der Entschluss gefasst, die Situation in den eigenen Regionen weiter zu verbessern. Netzwerkarbeit spielt für die Diakonie in diesem Bereich eine bedeutende Rolle. Im Rahmen des Diakonischen Werkes kooperieren nun die Diakonie Güstrow

und der Augustenstift im Bereich der Kurzzeitpflege.

Durch einen kontinuierlichen Informationsaustausch und regelmäßige Arbeitstreffen werden gemeinsam Themen zu einer verbesserten Entlastung der häuslichen Pflege durch Kurzzeitpflege bearbeitet. Das diakonische Netzwerk Kurzzeitpflege wird zukünftig aus vier Kurzzeitpflegeeinrichtungen aus Mecklenburg-Vorpommern bestehen.

Durch diese Vernetzung und geschlossene Einigkeit wird die Krankenhausnachsorge für viele Pflegebedürftige in den Regionen deutlich verbessert. „Wir freuen uns über die Vernetzung mit dem Augustenstift und planen hier auch die Erweiterung mit anderen Kurzzeitpflegen im Land, um so auf Bedarfe, aber auch Kundenwünsche besser reagieren zu können“ zieht Michael Noske, Projektmanager bei der Diakonie, sein Fazit und blickt auch in die nahe Zukunft. ■

*Sooft ich in Gedanken den Weg meines Lebens zurückgehe,
sooft überfällt mich eine milde Trauer über die tausend vergessenen Tage.*

Hermann Hesse (1877–1962), deutsch-schweizerischer Schriftsteller

Vom falschen Enkel abgezockt

Bernd Fritsch warnte auch in Boizenburg vor den skrupellosen Maschen dreister Trickbetrüger

Es ist Mittwochnachmittag. Anna Steiner hat es sich mit einer Tasse Kaffee vor dem Fernseher gemütlich gemacht. Die 89-jährige Seniorin schaut „Sturm der Liebe“. Als plötzlich das Telefon klingelt, hebt sie ein bisschen verärgert ab.

„Hallo“, tönt es etwas krächzend aus dem Hörer. „Oma, hier ist dein Enkel.“ Dann herrscht Stille. „Paul, bist du das? Du klingst irgendwie komisch“, fragt Anna Steiner irritiert und froh zugleich, denn sie hatte schon länger nichts mehr von ihrem Paul gehört. Umso schockierter verfolgt sie, wie dieser sich wegen einer Erkältung bei ihr entschuldigt und wortreich von einem schlimmen Verkehrsunfall berichtet. Ihm selbst sei zum Glück nichts weiter passiert. Doch der geliehene Sportwagen habe nur noch Schrottwert.

Er müsse ihn bezahlen und bräuchte daher dringend 28.000 Euro. „Bitte hilf mir, sonst kriege ich fürchterlichen Ärger“, bittet Paul. Viel Geld, das sich Oma Anna mühsam für ihren Lebensabend zusammengespart hatte. Nun überweist sie es auf ein ihr unbekanntes Konto.

Dieser Fall ist ausgedacht, passiert so oder so ähnlich leider immer mal wieder. Zu oft noch zocken falsche Enkel erfolgreich Senioren ab, weil diese wie die fiktive Oma Anna hilfsbereit und gutgläubig sind. Dreiste Ganoven nutzen Tugenden wie diese skrupellos aus.

Das erfuhren die Gäste einer gutbesuchten Informationsveranstaltung im Foyer der Sporthalle „Richard Schwenk“. Der Beirat für Senioren und Behinderte der Stadt Boizenburg hatte hier zu einer Seniorensicherheitsberatung eingeladen.

Im Namen des Gremiums begrüßte Christine Dyrba tatsächlich an einem Mittwochnachmittag erfreut auch Bürgermeister Rico Reichelt als inter-

essierten Zuhörer sowie vor allem die „Harmonika-Freunde“ vom Polizeiorchester Mecklenburg-Vorpommern und Bernd Fritsch als Referenten.

Der war 35 Jahre aktiv im Polizeidienst und leitete zuletzt im Landeskriminalamt die Dienststelle Prävention. Vor elf Jahren wurde er pensio-

Mit einem gesunden Maß an Misstrauen können wir uns vor Straftaten schützen, appellierte er eindringlich. Prinzipiell sollte man niemals Geld oder Wertsachen über Telefon oder an der Haustür an fremde Personen übergeben. Vor allem auch dann, wenn zum Beispiel falsche Polizisten,



Bernd Fritsch war 35 Jahre im Polizeidienst und ist seit seiner Pensionierung vor elf Jahren u.a. ehrenamtlich engagiert als Seniorensicherheitsberater.

Foto: Patricia Friedrich-Kreiß

niert, engagiert sich im Ehrenamt als Vize-Präsident der Landesverkehrswacht und gibt Senioren als Berater wichtige Tipps für deren Sicherheit im Alltag. Der Erste Kriminalhauptkommissar kennt das subjektive Gefühl, zu oft ein Opfer zu werden, weiß aber auch um die objektive Aufklärungsquote aus der Statistik, die für sich spricht. Wichtig war, ist und bleibt aber auch das Verhalten jedes Einzelnen. Zu große Sorglosigkeit ist ein schlechter Wegbegleiter. Denn jeder Euro, so Bernd Fritsch, den wir einem Ganoven in den Rachen werfen, ist einer zu viel.

Bankangestellte oder Anwälte darum bitten oder dazu auffordern. So könne man sich etwa auch beim Enkeltrick oder Schockanruf mit einem Telefonat bei Verwandten oder auch der Polizei rückversichern und für Klarheit sorgen.

Es war ein sehr informativer und zugleich unterhaltsamer Nachmittag, weil Bernd Fritsch nicht nur als theoretischer Lehrmeister auftrat, sondern auch mit vielen praktischen Beispielen aus seinem Berufsalltag überzeugte.

Fortsetzung auf Seite 18

Fortsetzung von Seite 17

„Die Harmonika-Freunde“ vom Polizeiorchester M-V boten Gesang, Akkordeon und Schlagzeug und gefielen ihrerseits mit bekannten Frühlingsliedern und Volksweisen.

Das Projekt „Senioren-sicherheitsberater“ riefen das Landeskriminalamt und der Landesseniorenbeirat 2014 gemeinsam ins Leben, um mit den Senioren für deren Sicherheit auf Augenhöhe noch besser und intensiver ins Gespräch zu kommen. Bernd Fritsch ist einer von etwa 20 pensionierten Polizeibeamten, die seither landesweit bei rund 860 Veranstaltungen vor mehr als 20.000 Teilnehmern auftraten. Finanziert und gefördert wird dieses Projekt durch den Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung und durch eine Zuwendung

der Provinzial-Versicherung. Deshalb erfolgt die Beratung der Seniorengruppen für diese kostenlos.

In zahlreichen Fällen konnten Musiker des Polizeiorchesters gewonnen

werden, diese Veranstaltungen musikalisch zu umrahmen. Für die Teilnehmer ist der Eintritt frei.

Nach der Corona bedingten Zwangspause kann die Tour jetzt endlich wieder fortgesetzt werden, freut sich auch Bernd Fritsch. Es besteht in allen Landkreisen und kreisfreien Städten die Möglichkeit, Referenten für Präventionsveranstaltungen von Seniorengruppen anzufordern. Zugleich hat sich auch das Beratungsangebot erweitert.

Neben diversen Kriminalitätsrisiken sprechen die Gesetzeshüter a.D. aus den Polizeipräsidien auch über das Verhalten im Straßenverkehr. Die Kontakte zu den Senioren-sicherheitsberatern werden über die Kreispräventionsräte hergestellt (siehe Aufstellung).

Dietmar Kreiß



Kontaktdaten für Seniorensicherheitsberater:

1. Stadt Schwerin:

Kommunaler Präventionsrat
der Landeshauptstadt Schwerin
Büro des Oberbürgermeisters
Am Packhof 2-6
19053 Schwerin
Tel.: 0385 5451003
E-Mail: ob@Schwerin.de
spressentin@schwerin.de

Landeskriminalamt
Mecklenburg-Vorpommern
Polizeiliche Prävention
Tel.: 03866 646121
E-Mail: janet.kunze-gattermann@
polmv.de

2. Stadt Rostock

Hansestadt Rostock
Kommunaler Präventionsrat
Neuer Markt 1
(Rathausanbau)
18055 Rostock
Tel.: 0381 3815450
E-Mail: praeventionsrat@
rostock.de

3. Landkreis Rostock

Büro für Chancengleichheit
Am Wall 3-5
18273 Güstrow
Tel.: 03843 75512400
E-Mail: Marion.Starck@lkros.de

4. Landkreis Nordwestmecklenburg

Der Präventionsrat
des Landkreises
Nordwestmecklenburg
Rostocker Straße 76
23970 Wismar
Tel.: 03841 30405192
E-Mail: M.Freese@
nordwestmecklenburg.de

5. Landkreis Ludwigslust-Parchim

Kriminalpräventionsrat
des Landkreises
Ludwigslust Parchim
Putlitzer Straße 25
19370 Parchim
Tel.: 03871 7221605
E-Mail: Anett.Nuklies@kreis-lup.de

6. Landkreis

Mecklenburgische Seenplatte
Der Präventionsrat des Landkreises
Mecklenburgische Seenplatte
Platanenstraße 43
17033 Neubrandenburg
Tel.: 0395 570 875 033
E-Mail: sibylle.roennfeld@lk-
seenplatte.de

7. Landkreis

Vorpommern-Rügen
Der Präventionsrat des Landkreises
Vorpommern-Rügen
Carl-Heydemann-Ring 67
18437 Stralsund
Tel.: 03831 357 2309
E-Mail: katharina.hoffmann@lk-vr.de

8. Landkreis

Vorpommern-Greifswald
Kriminalprävention im
deutsch-polnischen Grenzgebiet
An der Kürassierkaserne 09
17309 Pasewalk
Tel.: 03834 87601305
E-Mail: Katarzyna.Werth@kreis-vg.de



Vitanas



Länger
besser
leben!

LIEBEVOLLE UND QUALIFIZIERTE PFLEGE

Wir bieten: Kurz- und Langzeitpflege | Spezielle Wohnbereiche für Menschen mit Demenz | Verhinderungspflege | JuP (Junge Pflege) | Probewohnen
Mitbringen Ihrer privaten Möbel | Reinigungsservice für Ihre Wäsche
Abwechslungsreiches Freizeitangebot | Ausflüge in die Umgebung
Vielseitiges Therapieangebot | Ihre Gäste sind immer herzlich willkommen
Wir kochen täglich frisch für Sie

**RUFEN SIE AN ODER KOMMEN SIE VORBEI.
WIR BERATEN SIE GERNE PERSÖNLICH.**

Vitanas Senioren Centrum Am Tierpark
Am Tierpark 6 | 17373 Ueckermünde
☎ (039771) 201 - 0 | www.vitanas.de/amtierpark

Vitanas Senioren Centrum Am Kulturpark
Neustrelitzer Straße 40 | 17033 Neubrandenburg
☎ (0395) 563 98 - 0 | www.vitanas.de/amkulturpark

Vitanas Generationenhaus Am Kulturpark
Neustrelitzer Straße 28 | 17033 Neubrandenburg
☎ (0395) 425 62 - 100 | www.vitanas.de/amkulturpark



Betrug – Ist einer immer der Dumme?

Niemand ist perfekt, aber er kann dazulernen

Raffinesse, Cleverness, Schlitzohrigkeit – Begriffe, die wir gerne mit Klugheit und geschickt angewendeter Intelligenz verbinden. Diese Eigenschaften schreiben wir Menschen zu, die auch in scheinbar aussichtslosen Situationen noch einen Vorteil für sich erringen und somit ihren Hals aus der oft zitierten Schlinge ziehen. Dieser Typus galt so manchem Autor als Roman- oder Filmvorlage. Ihr Lebensstil und ihre Art durchs Leben zu kommen sind unterhaltsam, bewundernswert und erwecken nicht selten unsere Sympathie. Der Gegenspieler ist selbstverständlich der Unterlegene, der Verlierer. Und weil er das trickreiche Agieren nicht durchschaut, bekommt er das Prädikat „Der Dumme“! Somit sind die Rollen ganz klar verteilt. Und in der Realität? Das Täuschen ist Bestandteil unserer Lebensstrategie. In der Natur ist dieses Verhalten nicht unüblich. Zum Beispiel sich „größer machen“ als man ist, um zu beeindrucken oder Gegner von vornherein auf Distanz zu halten. Das kennen wir. Doch wie weit können wir beim Täuschen gehen, wo sind die Grenzen? Was ist moralisch verwerflich oder gar strafbar? Strafbar ist die Täuschung immer dann, wenn damit bezweckt wird, jemand anderen zu schädigen und sich da-

durch selbst einen Vermögensvorteil zu verschaffen. Das nennt man Betrug. Aber was ist, wenn ich selbst der Betrogene bin? Wenn ich auf die Machenschaften reingefallen bin. Bin ich dann „der Dumme“?

Das will man sich nicht eingestehen. Diese Rolle anzunehmen fällt schwer. Zu groß ist das Schamgefühl. Sich selber Schaden zufügen – wie dumm kann man nur sein? Ein Konflikt mit sich selbst, der nur schwer zu ertragen ist. Die Angst verurteilt zu werden, ist enorm. Das eigene Ansehen, der Status in der Öffentlichkeit ist ruiniert. Eigene Dummheit ist unentschuldig! Die Reaktion darauf, Verdrängen – Totschweigen. Das darf keiner wissen, das ist zu peinlich. In solch einer Situation nichts zu machen, wird auch nichts bewirken! Jetzt geht es um vieles, aber nicht um Dummheit und Selbstschuld. Faktoren wie Schadensminimierung und schnelles Handeln haben Priorität. Ich muss aktiv werden. Das setzt voraus, dass ich mit diesem Problem offensiv umgehe. Dann kann ich auch Hilfe und Beistand erwarten. Bei finanziellen Schäden ist die unverzügliche Kontaktaufnahme mit dem Geldinstitut notwendig. Konten- und Kartensperrung, auch Rückbuchungen können noch veranlasst werden. Waren der oder die Täter vor Ort, so

muss schnellstens die Polizei informiert werden. So besteht zumindest noch die Chance einer Ergreifung.

Die genannten Institutionen werden diese Hilfe nicht verwehren. Aber wie ist es in der Familie? Werden mich die eigenen Kinder verurteilen?

Denken wir an den seit Jahren berüchtigten „Enkeltrick“. Das Fazit endet fast immer in der Bewertung: „So dumm kann man doch gar nicht sein!“ Oberflächliche Wertungen kommen schnell zum Ergebnis „unvorstellbar“ und signalisieren das große Unverständnis für diese Art der „Selbstschädigung“.

Deshalb sei hier auch das Wort an die Angehörigen gerichtet, nicht pauschal zu urteilen oder gar zu verurteilen.

Die Ursachen sind vielfältig. Sie können in der eigenen Biografie, in den momentanen Lebensumständen oder einfach in den menschlichen Schwächen begründet sein. Wichtig ist, dass wir uns und anderen Personen Fehler und Schwächen zugestehen. Wir sind nicht perfekt, aber wir lernen täglich dazu. Betrugsopfer zu sein, hat nichts mit Dummheit zu tun! Sich nicht helfen zu lassen, schon.

*Ralf-Theo Mundt, Präventionsberater
Polizeiinspektion Ludwigslust
Anett Nuklies, Koordinatorin KPR/KSB
Landkreis Ludwigslust-Parchim*

12. Mai – Internationaler Tag der Pflege

Pflegestützpunkte stehen beratend zur Verfügung

Jedes Jahr am 12. Mai wird der Internationale Tag der Pflege begangen. Dieser Tag ist den ca. 28 Millionen Menschen gewidmet, die weltweit in Pflegeberufen tätig sind. Mit diesem Aktionstag soll die Arbeit der Pflegerinnen und Pfleger gewürdigt und ihre Rolle im Gesundheitssystem hervorgehoben werden. Gleichzeitig

wird der Tag der Pflege genutzt, um auf die Notwendigkeit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege aufmerksam zu machen. Dazu gehören unter anderem die adäquate Vergütung der Pflegerinnen und Pfleger sowie eine bessere Personalausstattung und der Abbau von Bürokratie.

Der Tag erinnert an den Geburtstag der britischen Krankenpflegerin und Pionierin der modernen Krankenpflege, Florence Nightingale. Geboren am 12. Mai 1820 in Florenz als Tochter einer wohlhabenden britischen Familie, musste sie sich gegen die damals herrschenden gesellschaftlichen Konventionen durchsetzen, um

als Krankenschwester tätig sein zu können.

Florence Nightingale entwickelte eines der ersten Lehrbücher für Krankenschwestern und begründete die Pflegewissenschaft. Sie setzte auf Ausbildung durch erfahrene Pflegekräfte anstelle von Ärzten und machte die bis dato rein kirchlich geprägte pflegerische Ausbildung zu einer weltlichen. Diese war zwar vom christlichen Ethos geprägt, aber nicht konfessionell ausgerichtet. Darüber hinaus reformierte Sie das Lazarettwesen und war Wegbereiterin für die Gründung des Roten Kreuzes. Sie trug dazu bei, dass sich die Krankenpflege zu einem gesellschaftlich anerkannten Beruf entwickelte. Florence Nightingale setzte sich bis zu ihrem Tod im Jahr 1910 unermüdlich für hohe Ausbildungsstandards und die Verbesserung der Krankenpflege ein.

Ins Leben gerufen wurde der Aktionstag erstmals 1965 vom Internati-

onal Council of Nurses (ICN), einem Bündnis von 130 Pflegeverbänden. In Deutschland wurde der Tag der Pflege erstmals 1967 begangen.

Insbesondere nach zwei Jahren Pandemie ist deutlich geworden, welchen Stellenwert die Pflege für unsere Gesellschaft hat. Pflege ist system-



relevant und die Pflegekräfte sind eine tragende Säule unserer Gesundheitsversorgung! Während deutschlandweit viele Branchen in den Lockdown gingen, arbeiteten die Pflegerinnen und Pfleger unter erhöhtem Ansteckungsrisiko und enormem körperlichen und psychischen Arbeitsdruck weiter, um die Versorgung ihrer Patientinnen und Patienten zu gewährleisten. Pflegedienste, Pflegeheime, pflegende Angehörige und Pflegeper-

sonal in den Krankenhäusern leisteten während dieser Zeit Großartiges.

Eine wichtige Rolle nehmen hierbei auch die Pflegestützpunkte im Land ein. Nach Beendigung fast aller Corona-Schutzmaßnahmen dürfen wir Sie ab sofort wieder in den Räumlichkeiten in einem der 19 Stützpunkte in Mecklenburg-Vorpommern für eine persönliche Beratung empfangen! Wünschen Sie eine persönliche Beratung, ob im Pflegestützpunkt oder zu Hause, bitten wir Sie, sich zur vorherigen Terminabstimmung telefonisch oder per Mail mit uns in Verbindung zu setzen.

Die Pflege- und SozialberaterInnen beraten Sie neutral und kostenfrei bei allen Fragen rund um die Themen Pflege und Soziales. Wir begleiten Sie und Ihre Angehörigen vom ersten Kontakt bis zur Umsetzung der Lösung Ihres individuellen Problems.

Mehr Informationen unter www.pflegestuetzpunktemv.de

Leibrente, Teilverkauf, Umkehrhypothek (II)

Wie kann ich im Alter aus dem Betongold wieder Geld machen?

Nachdem in der Ausgabe des Senioren-Kurier 1/2022 ein Überblick der Möglichkeiten gegeben wurde, wird es im 2. Teil konkreter.

Ein Vergleich in Zahlen:

Das eigene Haus hat beispielsweise derzeit einen Wert von 500.000 €. Dieses soll zu 40 % in einen **Teilverkauf** gehen. Der Auszahlungsbetrag beläuft sich somit auf 200.000 €. Die Anbieter kalkulieren häufig einen Satz von über 3 % pro Jahr für das Nutzungsentgelt. Bei einem Ansatz von 3,3 % ergibt sich damit eine monatliche Zahlung in Höhe von 550 €. Sollte die Immobilie noch für 20 Jahre genutzt werden können, würde sich das an den Anbieter zu zahlende Nutzungsentgelt auf insgesamt 132.000 € belaufen unter der Voraussetzung, dass die Höhe festgeschrie-

ben wurde und keine nachträglichen Erhöhungen möglich sind.

Für den späteren vollständigen Verkauf der Immobilie würde der Anbie-



ter ein pauschales Entgelt von zum Beispiel 4 % berechnen. Sollte der Wert der Immobilie tatsächlich stagnieren, also immer noch 500.000 € betragen, beliefe sich das Entgelt auf 20.000 €. Für seinen Eigentumsanteil von 40 % erhielte der Anbieter in die-

sem Fall den ursprünglich gezahlten Betrag von 200.000 € zurück. Sofern die nicht unübliche Wertsicherungsklausel vereinbart wurde, erhält der Anbieter zusätzlich einen Aufschlag von beispielsweise 17 % auf seinen Anteil, somit 34.000 €.

Sollte der Wert der Immobilie ordentlich zulegen und dann 800.000 € betragen, fallen für das pauschale Verkaufsentgelt 32.000 € an und für den Eigentumsanteil fließen 320.000 € an den Anbieter. Die Wertsicherungsklausel würde hier keine zusätzlichen Ansprüche auslösen, da der Wert der Immobilie tatsächlich gestiegen ist.

Fortsetzung auf Seite 22



Foto: RainerSturm/pixelio.de

Man muss seine Immobilie nicht verkaufen, um sie zu „versilbern“.

Übersicht Teilverkauf:

	Immobilienwert stagniert	Immobilienwert steigt
Teilverkaufspreis	200.000 €	200.000 €
Nutzungsentgelt	132.000 €	132.000 €
Verkaufsentgelt	20.000 €	32.000 €
Verkaufserlös	200.000 €	320.000 €
Wertsicherung	34.000 €	----
Gesamtrückfluss an Anbieter	386.000 €	484.000 €
abzgl. erhaltener Teilverkaufsbetrag	200.000 €	200.000 €
Gesamtaufwand	186.000 €	284.000 €

Im Vergleich dazu lassen sich die Kosten bei einem **klassischen Darlehen** über 200.000 € wie folgt darstellen. Die Zinsen liegen zwar derzeit für ein solches Darlehen teils deutlich unter einem Prozent, für die Beispielsrechnung kann aber davon ausgegangen werden, dass aufgrund des fortgeschrittenen Alters ein Zuschlag erfolgt. Bei einem Zinssatz von 2,3 % und einer anfänglichen Tilgung von 1 % ergibt sich ebenfalls eine monatliche Zahlung von 550 €. Nach 20 Jahren hat man somit wie beim Teilverkauf auch 132.000 € an die Bank gezahlt. Die offene Kreditsumme beträgt dann noch 149.272 €. Der Betrag kann dann beispielsweise wie beim Teilverkauf auch durch einen vollständigen Verkauf der Immobilie abgelöst werden. Anders als beim Teilverkauf fallen hierfür jedoch keine

zusätzlichen Entgelte für den Anbieter an und eine mögliche Wertsteigerung verbleibt voll beim Verbraucher. Die gesamten Zahlungen an die Bank belaufen sich auf 281.272 €. Die Kosten von 81.272 € liegen somit deutlich unter denen eines Teilverkaufs in Höhe von 186.000 € beziehungsweise 284.000 €.

Übersicht Darlehen:

Darlehenssumme	200.000 €
Zins- und Tilgungszahlungen	132.000 €
Restschuld	149.272 €
Gesamtrückfluss an Anbieter	281.272 €
abzgl. erhaltener Darlehensbetrag	200.000 €
Gesamtaufwand	81.271 €

Ob der Immobilienwert steigt, spielt beim Darlehen keine Rolle. Mögliche Wertsteigerungen verbleiben voll beim Verbraucher, gleiches gilt auch für einen Wertverlust.

Es handelt es sich hier um eine Beispielsrechnung. Im konkreten Fall können die Bedingungen auch deutlich anders aussehen. Gerade deshalb ist ein Vergleich sinnvoll.

Fazit:

Alle Varianten von Umkehrhypothek bis zum Verkauf mit Nießbrauchrecht sind im Vergleich mit dem „normalen“ Verkauf oder einem Darlehen mit recht unterschiedlichen und teils sehr hohen Kosten verbunden, man sollte daher keine zu hohen Erwartungen an die ausgezahlten Beträge haben. Die meist kostengünstigste Variante ist in aller Regel, wenn innerhalb der Familie eine Lösung gefunden werden kann. Dafür müssen sich die Beteiligten aber auch einig sein.

Aufkäufer von Immobilien sind zudem nicht an allen Objekten interessiert. Die Lage spielt hierbei eine entscheidende Rolle.

Die Einholung von konkreten Angeboten, um einen Vergleich durchführen zu können, ist unumgänglich. Da es sich nicht um standardisierte Angebote handelt, bleibt der Vergleich dennoch schwierig. Die Komplexität der Verträge ist meist sehr hoch. Unterstützung können zum Beispiel Rechtsanwälte oder die Verbraucherzentrale bieten.

Die Verträge sollten auch unvorhersehbare Ereignisse wie zum Beispiel den Eintritt der Pflegebedürftigkeit und einen damit verbundenen Umzug in eine Pflegeeinrichtung berücksichtigen. Eine vertragliche Flexibilität ist wichtig, führt aber dazu, dass die Verträge wiederum komplexer werden.

Hier in Kürze ein Überblick zu den verschiedenen Möglichkeiten:

	Umkehrhypothek	Rentenmodelle	Teilverkauf	Verkauf mit Rückvermietung	Verkauf mit Nießbrauchrecht	Verkauf	Darlehen
Einmal-Auszahlung	ja	nein 2)	ja	ja	ja	ja	ja
monatliche Rentenzahlung	nein 1)	ja	nein	nein	nein	nein	nein
monatl. Zahlung an Anbieter	nein	nein	ja	ja	nein	nein	ja
Instandhaltungskosten	VB	AB 3)	VB	AB 3)	AB 3)	entfällt	VB
Eigentümer ab Vertragsabschluss	VB	AB	VB/AB	AB	AB	entfällt	VB

1) - monatliche Rentenzahlung unter Umständen möglich

2) - Einmalzahlung zur Ablösung von Schulden unter Umständen möglich

3) - abweichende Vereinbarung möglich

VB - Verbraucher

AB - Anbieter



Trauer um Prof. Dr. Ursula Lehr

Langjährige BAGSO-Vorsitzende gestorben

Die BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen – trauert um ihre langjährige Wegbegleiterin und ehemalige Vorsitzende Prof. Dr. Dr. h.c. Ursula Lehr. Sie ist am 25. April 2022 im Alter von 91 Jahren nach kurzer Krankheit gestorben, wie die Familie mitteilte.

„Mit ihrem unermüdlichen Engagement für ein aktives, engagiertes und möglichst gesundes Altern werden prägte Ursula Lehr nicht nur die Arbeit der BAGSO, sondern die Einstellung zu älteren Menschen in Deutschland. Als sie 1988 Bundesfamilienministerin wurde, war sie Wegbereiterin einer modernen Altenpolitik, die ältere Menschen nicht nur als Empfänger von sozialen Leistungen, sondern als akti-

ven Teil der Gesellschaft betrachtet“, sagte Dr. Regina Görner, Vorsitzende der BAGSO.

Die Gerontologin und CDU-Politikerin Ursula Lehr war der BAGSO seit ihrer Gründung im Jahr 1989 eng verbunden. Ursula Lehr war Inhaberin des Lehrstuhls für Gerontologie an der Universität Heidelberg und von 1988 bis 1991 Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit im Kabinett von Helmut Kohl. In dieser Zeit verantwortete sie den ersten Altenbericht der Bundesregierung und die Verabschiedung des Bundesaltensplans.

Von 2009 bis 2015 hatte Ursula Lehr den BAGSO-Vorsitz inne, anschließend war sie bis 2018 Stellvertretende Vorsitzende. Bis zuletzt setzte sie sich als Ehrenvorsitzende für ein positives Altersbild und für geeignete



Prof. Dr. Ursula Lehr im Jahr 2011 in Schwerin Foto: Landesseniorenbeirat M-V e. V.

Rahmenbedingungen für ein aktives Altern ein.

Ältere Menschen bei Energiepauschale nicht übergehen!

BAGSO appelliert an Mitglieder des Deutschen Bundestages

Der Deutsche Bundestag stimmt Mitte Mai über das Steuerentlastungsgesetz 2022 ab, das für Berufstätige eine einmalige Energiepreis-Pauschale von 300 Euro vorsieht. Rentnerinnen und Rentner sollen eine solche Pauschale nicht erhalten.

Die BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen – protestiert gegen diese Ungleichbehandlung. In einem Brief an die Mitglieder im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages heißt es: „Warum soll ein Gutverdiener eine Einmalzahlung von 300 Euro zum Ausgleich für

gestiegene Kosten erhalten, die Rentnerin mit Alterseinkünften knapp über Grundsicherungsniveau nicht?“

Als Interessenvertretung der älteren Generationen bezeichnet die BAGSO die Regelung als vollkommen unverständlich und nicht akzeptabel. „Höhere Heiz- und Stromkosten treffen Rentnerinnen und Rentner im Zweifel sogar mehr als Beschäftigte, die tagsüber nicht zu Hause sind. Gerade Menschen mit kleinen Renten sind in der aktuellen Situation auf Unterstützung angewiesen“, heißt es wörtlich in dem Schreiben.

Auch der Verweis auf aktuelle Rentenerhöhungen rechtfertigt nach Ansicht der BAGSO diese Entscheidung nicht.

Die jährliche Rentenanpassung ist den Bezieherinnen und Beziehern gesetzlich zugesichert und orientiert sich an der Entwicklung der Arbeitnehmerinkünfte im Vorjahr. „Niemand käme ernsthaft auf die Idee, bei den nun begünstigten Berufstätigen danach zu unterscheiden, wer 2022 von einer Tarifierhöhung profitiert und wer nicht“, so die BAGSO. ■

Chance für UN-Altenrechtskonvention

Zivilgesellschaft fordert entschiedenen Einsatz gegen Altersdiskriminierung

Die BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen – fordert zusammen mit hunderten zivilgesellschaftlichen Organisationen aus aller Welt eine UN-Konvention für die Rechte älterer Menschen. Sie rufen die Offene Arbeitsgruppe zu Fragen des Alterns auf, deren Sitzung am 11. April in New York begann, eine Altenrechtskonvention auf den Weg zu bringen. Eine UN-Konvention würde ältere Menschen ein rechtliches Instrument an die Hand geben, um gegen Altersdiskriminierung vorzugehen.

Obwohl die Bevölkerung weltweit rapide altert, sind die Menschenrechte Älterer im internationalen Recht nicht

explizit verankert und Altersdiskriminierung ist weit verbreitet. Die COVID-19-Pandemie ist ein Beispiel dafür, wie Lücken im Schutz der Rechte älterer Menschen und systemische Altersdiskriminierung dazu führen, dass viele Ältere isoliert wurden und einsam sterben mussten. In vielen Ländern dieser Welt sind ältere Menschen ohne Schutz dem Risiko des körperlichen, emotionalen und finanziellen Missbrauchs sowie der Vernachlässigung ausgesetzt.

„Die Mitgliedsstaaten haben auf der Sitzung der Offenen Arbeitsgruppe die Chance, den rechtlichen Schutz älterer Menschen im Menschenrechtssystem zu stärken. Lassen Sie diese

Chance nicht ungenutzt verstreichen und stimmen Sie für eine Konvention für die Rechte älterer Menschen“, sagte Dr. Heidrun Mollenkopf, Vorstandsmitglied der BAGSO, im Vorfeld der Sitzung.

Die 12. Sitzung der Offenen Arbeitsgruppe zu Fragen des Alterns wird erstmalig seit 2019 wieder vor Ort in New York stattfinden. Inhaltliche Schwerpunkte der Sitzung sind die Beiträge älterer Menschen zur nachhaltigen Entwicklung und ihre wirtschaftliche Sicherheit. Außerdem soll es darum gehen, mögliche Inhalte für ein internationales Menschenrechtsinstrument zu diskutieren. ■

Bei genauem Zusehen zeigt es sich, dass jede starke äußere Machtentfaltung, sei sie politischer oder religiöser Art, einen großen Teil der Menschheit mit Dummheit schlägt. Die Macht der einen braucht die Dummheit der anderen.

Dietrich Bonhoeffer (1906-1945), deutscher protestantischer Theologe

LANDKREIS MECKLENBURGISCHE SEENPLATTE

Geht wieder los!



Der neue Vorstand des KSB (v.l.n.r.): Peter Piletzki, Wilfried Böhme, Peter Lundershausen, Eckhard Baresel, Horst Ungelenk

Nach nun mehr als zwei Jahren Corona-Pandemie traf sich der Kreissenio-
renbeirat am 22. März 2022 wieder zu
einer Beratung. Es wurden neue Vor-
standsmitglieder kooptiert und die
weiteren strategischen Maßnahmen
für die zukünftige Arbeit besprochen
und festgelegt.

Nach dem Rücktritt des Vorstandsvorsitzenden, Prof. Dr. Hans-Joachim
Goetze, aus gesundheitlichen Grün-
den wurde als neuer amtierender Vor-
sitzender Eckhard Baresel durch den
Beirat bestätigt. Als neuer Schriftfüh-
rer wurde Peter Piletzki und Wilfried
Böhme als Kassenwart in den Vor-
stand kooptiert.

Bei der Beratung des Kreissenio-
renbeirates zum Thema „Das WIR und
nicht nur für UNS“ wurden Möglich-
keiten der Aufgabenwahrnehmung
in Corona-Zeiten beraten und be-
schlossen. Einhelliger Tenor war, dass
der Kreissenio-
renbeirat wieder zum
Anliegen seiner Arbeit, die Interes-
sen der Seniorinnen und Senioren
des Landkreises zu vertreten, zurück-
finden muss. Wir wollen wieder ver-
stärkt auf die Belange der älteren Be-
völkerung in den entsprechenden

Gremien aufmerksam machen. Wei-
terhin wollen wir verstärkt Aufklä-
rungsarbeit leisten, um allen Senio-
rinnen und Senioren des Landkreises
deutlich zu machen, dass es auch für
sie eine Interessenvertretung gibt.
Dazu werden wir versuchen, mit allen
an diesem Prozess beteiligten Institu-
tionen, Gremien und Verbänden ins
Gespräch zu kommen, um erst ein-
mal die Belange und Bedürfnisse un-
serer älteren Bevölkerung zu erfassen
und dann auch an entsprechender
Stelle darzustellen. Dazu haben wir
alle Bürgermeister unseres Landkrei-
ses Mecklenburgische Seenplatte an-
geschrieben. In dieser gemeinsamen
Initiative des Kreissenio-
renbeirates und Kreisbehindertenbeirates wollen
wir mit den kommunalen Bereichen
ins Gespräch kommen und somit die
Netzwerkarbeit in der kommenden
Zeit wieder intensivieren. Hier wer-
den wir auch die Beiratsarbeit vor-
stellen und über die Bedarfe und
Probleme von Menschen mit Behin-
derungen und Seniorinnen und Se-
nioren im jeweiligen Verwaltungsbe-
reich sprechen. Ein erstes Gespräch
hat schon stattgefunden und wurde
von kommunaler Seite als positiv und
anregend bewertet.

Es darf nicht dazu kommen, dass un-
sere Seniorinnen und Senioren ver-
gessen werden und vom gesellschaft-
lichen Leben ausgeschlossen werden.
Wir wollen diese Bevölkerungsgrup-
pe, die im Landkreis fast 30 Prozent
ausmacht, wieder in den gesamtge-
sellschaftlichen Prozess einbinden.
Das Entlastungspaket zum Ausgleich
für steigende Energiekosten, das die
Bundesregierung beschlossen hat, fin-
det nach derzeitigem Stand keine An-
wendung für Rentnerinnen und Rent-
ner. Diese Ungerechtigkeit ist nicht zu
akzeptieren, denn auch Rentnerinnen
und Rentner zahlen Steuern und sind
genauso von den Preissteigerungen
betroffen.

Der Kreissenio-
renbeirat ermutigt al-
le Seniorinnen und Senioren dazu
sich an uns zu wenden, um Proble-
me und Missstände zu ermitteln und
diese dann im Kreistag oder den zu-
ständigen Ausschüssen des Kreista-
ges ansprechen zu können. Kontak-
tieren sie uns einfach per E-Mail: vor-
stand@kreissenio-
renbeirat-mse.de
oder unter der Adresse Kreissenio-
renbeirat, Bienenweg 1, 17033 Neu-
brandenburg.

Strategisierung des SBNB

Im April traf sich der Vorstand des Seniorenbeirates Neubrandenburg zu einer Strategisierung. Ziel war es, unter wissenschaftlicher Begleitung durch die Hochschule Neubrandenburg, vertreten durch Frau Jenny Pöller, eine Neuausrichtung der Arbeit des Seniorenbeirates für die Zukunft zu haben. Unterstützt wurde die Beratung durch den Koordinator für Generationenarbeit der Stadt Neubrandenburg, Christian Jenewsky.

Dabei wurden folgende Themen angesprochen und diskutiert:

- Wie können wir mehr wahrgenommen werden?
- Welche Ziele verfolgen wir?
- Wie können wir die Zusammenarbeit zu den Vereinen stärken bzw. neu ordnen?

- Wo sehen wir den SBNB in 5 Jahren? (auch im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit der Stadt NB)
- Wie können wir neue Anregungen in unsere Arbeit integrieren?



Weitere Anregungen, wie z.B.

- zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Ausschüssen der Stadt
- die Teilnahme der Vertreter des SBNB an den jeweiligen Stadtteilarbeitskreisen
- das Produzieren von Podcasts zur

Seniorenarbeit, um Aufmerksamkeit zu generieren

- Vorstellungsvideo des SBNB, um neue Mitglieder zu werben
- Plakate für die Öffentlichkeitsarbeit erstellen

wurden in den Aufgabenkatalog eingearbeitet. Im Ergebnis waren sich alle Teilnehmer einig, dass zur Umsetzung weitere Beratungen notwendig sind, dies aber der erste richtige Schritt zu einer Neuausrichtung des SBNB als Bindeglied zwischen den Senior*Innen der Stadt Neubrandenburg, ihrer Stadtvertretung und der Stadtverwaltung ist. Der Seniorenbeirat wird als wichtiger Netzwerkpartner verstärkt wahrgenommen.

Peter Lundershausen, Vorsitzender des SBNB Neubrandenburg

Neues Bundesmodellprojekt ZWK in Neubrandenburg sucht aktive Mitwirkung

Die Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg ist eine von insgesamt 40 Kommunen in ganz Deutschland, die bis Ende 2024 in der „Zukunftswerkstatt Kommunen – attraktiv im Wandel“ (ZWK) durch externe Beratung begleitet und unterstützt wird. Konkrete Projekte sollen dabei angestoßen, bereits vorhandene Initiativen einbezogen und sinnvoll, effektiv und langfristig miteinander vernetzt werden. Die ZWK ist Bestandteil des gesamtdeutschen Fördersystems für strukturschwache Regionen, das im Rahmen der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ entwickelt wurde. Ziel des neuen Modellprojektes ist es, kommunale Verwaltungen auf dem Weg zur „demografiefesten“ Kommune zu begleiten.

Im statistischen Jahrbuch der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg wird mehr als deutlich, welche zahlenmäßigen Faktoren in den nächsten Jahren in Bezug auf eine alternde Bevölkerung, Geburten- und Sterberaten, Ab- und



Oberbürgermeister Silvio Witt zur Eröffnungsveranstaltung der ZWK in Neubrandenburg.

Zuwanderungstendenzen, Fachkräftebedarfen oder auch zum Thema Migration in Neubrandenburg vorherrschend sein werden. Um als Wohn- und Wirtschaftsstandort für Unternehmen, insbesondere aber für alle Generationen in unterschiedlichen Lebensphasen attraktiv zu bleiben bzw. attraktiver zu werden, sind in-

dividuelle und innovative Lösungen vor Ort gefragt.

Neubrandenburg hat sich im Juli 2021 auf das Bundesmodellprojekt „Zukunftswerkstatt Kommunen – Attraktiv im Wandel“ beworben und wurde als eine von 40 Kommunen im Programm aufgenommen. Mit einer Projektfördersumme von insgesamt

150.000 Euro soll bis zum Ende des Jahres 2024 eine Strategie entwickelt werden, die die Stadt bei der Bewältigung des demografischen Wandels unterstützt, Entwicklungspotentiale fördert und Zukunft neugestaltet. Wichtig ist dabei, die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort sicherzustellen und die Teilhabe aller Altersgruppen in einer alternden Gesellschaft zu stärken sowie die Identität in der Kommune weiterzuentwickeln. Im Rahmen einer bewährten 5-Stufen-Systematik wird die Strategieentwicklung des Modellprojekts umgesetzt. Mit dem Kick-Off-Meeting und dem erstellten Kommunalprofil wurden im letzten Jahr die ersten beiden Stufen abgeschlossen. In der am 22.3.2022 stattgefundenen ersten Zukunftswerkstatt, wurde nun die dritte Systemstufe eingeleitet. In vier Handlungsfeldern (A: Arbeit, Wirtschaft, Bildung | B: Wohnen, Stadt-

gestaltung | C: Leben, Kultur | D: Teilhabe, Integration) wurden durch die Teilnehmenden Stärken und Chancen, sowie Schwächen und Risiken näher beleuchtet und erste Visionen für unsere Vier-Tore-Stadt entwickelt. Zielstellung in den kommenden Monaten ist es, die Handlungsfelder wei-



ter zu vertiefen, nötige Schritte zu definieren und mittels eines „Werkstattplanes“ konkrete Einzelmaßnahmen auszuarbeiten. Dazu werden die vorhandenen städtischen Netzwerke genutzt und involvierte Multiplikatoren in den Prozess mit eingebunden. Vor allem aber auch die Seniorinnen und Senioren sollen die Chance bekom-

men, sich aktiv mit in den Prozess einzubringen. Das Fachwissen und die Erfahrungen der älteren Generation sind wichtig, um auf früheren Erfolgen aufzubauen und die Weichen für neue Projekte zu stellen. Nur so kann unsere Stadt neue Halte- und Anziehungsfaktoren schaffen und sich zukunftsweisend entwickeln.

Die aktive Mitwirkung im Projekt ist momentan in Form von Kleingruppen und Foren geplant, welche in den kommenden Wochen in enger Zusammenarbeit mit den Stadtteilbüros und dem Quartiersmanagement konstituiert werden.

Ansprechpartner zum Bundesmodellprojekt ist der Koordinator der Generationenarbeit Christian Jenewsky. Eine Kontaktaufnahme kann per Mail an christian.jenewsky@neubrandenburg.de oder telefonisch unter 0395/555 26 56 erfolgen.

LANDESHAUPTSTADT SCHWERIN

Klönen mit Bertha

„Die Schweriner erinnern sich gern an die Blumenfrau und Ehrenbürgerin Bertha Klingberg, deshalb kam uns die Idee, dass Senioren, die niemanden zum Reden und Quatschen haben, ab sofort einfach mal mit „Bertha“ am Telefon klönen können“ so Christine Dechau, die Geschäftsführerin des Seniorenbüros Schwerin. Die „Berthas“, ehrenamtliche Mitarbeiter des Seniorenbüros Schwerin, stehen hier wöchentlich immer mittwochs von 13:00 bis 16:00 Uhr am Telefon unter der Rufnummer 0385/557 49 66 zur Verfügung. Sie nehmen die Anrufe entgegen, schenken den Anrufenden für eine gewisse Zeit ihr Ohr und führen individuelle Gespräche. Sie sind verständnisvoll, einfühlsam und können über das Gehörte schweigen. Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass es sich um keinen Notfall- und

Bertha Klingberg – Namensvetterin für das Senioren-Telefon – verdiente ihren Lebensunterhalt als Blumenfrau auf dem Schweriner Schlachtermarkt. Stets trug sie dabei eine traditionelle Rehnaer Tracht, welche zu ihrem Status als echtes „Original“ beitrug. Von den Schwerinern wurde sie liebevoll nur die „Blumenfrau“ genannt. 1990 sammelte sie, mittlerweile 91 Jahre alt, tausende Unterschriften für Schwerin als Landeshauptstadt Mecklenburg-Vorpommerns. Dafür erhielt sie 1993 den Ehrenring der Landeshauptstadt Schwerin, 2002 wurde sie von der Stadtvertretung zur Ehrenbürgerin Schwerins ernannt. 2005 starb Bertha Klingberg in einem Schweriner Pflegeheim im Alter von 107 Jahren.



Servicedienst, keine Beratung und keine Telefonseelsorge handelt. Das neue Angebot Seniorentelefon „Klönen mit Bertha“ wurde im Rah-

men der BAGSO-Initiative „Alter in Form – Mehr Wohlbefinden und Le-

Fortsetzung auf Seite 28

Fortsetzung von Seite 27

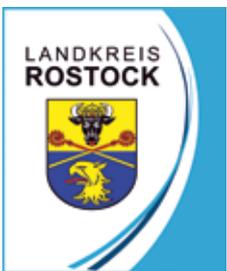
bensqualität im Alter fördern – aber wie?“ konzipiert, wo Schwerin sich als Pilotkommune beworben hatte und unter den 12 besten Kommunen bundesweit im letzten Jahr geehrt wurde. Das Seniorenbüro Schwerin entwickelte dieses Angebot, um älteren Menschen der Stadt die Möglichkeit zu geben, einfach mal mit jemandem zu reden, eben einfach mal zu klönen. Familienangehörige ziehen in andere Städte, Bekannte von früher sterben

– viele ältere Menschen fühlen sich einsam. Mit dieser Einsamkeit haben vor allem viele Senioren im Alltag zu kämpfen. Einsamkeit trifft viele Menschen und sie schleicht sich oft unmerklich ins Leben ein. Einsamkeit kann krankmachen, und je länger sie andauert, desto schwerer kann der Weg hinaus werden. In einigen Kommunen, auch in Schwerin, gibt es deshalb Seniorennetzwerke und Begegnungsstätten, wo sich ältere Menschen treffen und gemeinsam Unternehmungen machen können.

Doch was tun Senioren, die keine solche Möglichkeit in ihrer Nähe haben? Oder Senioren, die auf Grund ihrer Hilfs- und Pflegebedürftigkeit an die Häuslichkeit gebunden sind? Das will das Seniorentelefon „Klönen mit Bertha“ ändern.

Es kümmert sich dort um einsame Senioren, wo andere Möglichkeiten fehlen.

*Christine Dechau
Geschäftsführerin
Seniorenbüro Schwerin*



LANDKREIS ROSTOCK

Seniorentage in Kühlungsborn

Nach mehrjähriger Corona-Unterbrechung veranstaltet der Seniorenbeirat in Kühlungsborn im Mai/Juni 2022 wieder Seniorentage mit einer Reihe informativer und unterhaltsamer Veranstaltungen an verschiedenen Orten des Ostseebades. In der Aula des Schulzentrums Kühlungsborn zeigte der Seniorenbeirat bei der Eröffnung auf Schaubildern Impressionen des vor der Corona-Pause durchgeführten ersten Teils seines Projektes „Kühlungsborn barrierefrei erleben“. Dabei konnte der Vorsitzende Rolf Plöger die enge Zusammenarbeit einer Schülergruppe, organisatorisch und technisch unterstützt vom Rathaus mit dem Seniorenbeirat am Projekt hervorheben.

Im Beisein der Sozialministerin Stefanie Drese, des Landrates Sebastian Constien und des Schirmherrn, Bürgermeister Rüdiger Kozián konnte der Seniorenbeirat neben Kühlungsborner Senioren auch Stadtvertreter und Vertreter verschiedener sozialer Organisationen begrüßen.

In ihrem Grußwort bezog sich Ministerin Drese auf die zu erwartenden demografischen Veränderungen und rief dazu auf, die Teilhabe älterer

Menschen aktiv zu gestalten. Auch die Infrastrukturen gilt es, im Lande auf die Bedürfnisse der älter und weniger mobil werdenden Bevölkerung anzupassen, was das Land unterstützen will.

Landrat Constien rief mit Blick auf die Aufbauleistung der heutigen Senioren dazu auf, in der Region eng zusammenzuarbeiten bei der Gestaltung der Lebensbedingungen. Zur Lösung von Problemen im Nahverkehr und anderen Infrastrukturen ist der Landkreis Rostock bereit, sich aktiv einzubringen.

Bürgermeister Kozián berichtete zu kommunalen Aspekten sowie in Entwicklung befindlichen Überlegungen zur Stadtentwicklung und im Nahverkehr. Auch ging er auf die aktuell gepflegte gute Zusammenarbeit zwischen dem Seniorenbeirat und dem Bürgeramt der Stadt ein. Zudem wird die der Arbeit des Seniorenbeirates zugrundeliegende Satzung derzeit nach gemeinsamer inhaltlicher Abstimmung in den Gremien der Stadt modernisiert. Kozián befürwortet auch die Fortführung des Projektes „Kühlungsborn barrierefrei erleben“ und fragt, ob Bedarf besteht, die früher aktive Verkehrswacht wiederzubeleben.

Rolf Plöger als Seniorenbeirats-Vorsitzender konnte Positives berichten zur Unterstützung des Seniorenbeirates durch die Verwaltung während der coronabedingten Einschränkungen in Form einer Einkaufshilfe im Lockdown (durchgeführt von älteren Schülern) sowie dem umsichtig gestalteten kostenlosen Impfschuttle.

Der Seniorenbeirat weist aber auch hin auf Lücken im Personennahverkehr. Zudem birgt das optisch ansprechende Gehwegpflaster so manche Stolperfalle.

Ein Bürgerhaus ist zwar seit Jahren im Gespräch – es gibt jedoch keine konkrete Planung. Die Erreichbarkeit einiger Fachärzte und Behörden ist mit abnehmender Mobilität schwierig und der Bedarf an Tagespflegeplätzen wächst, so wird es an den Seniorenbeirat herangetragen. Es bleibt also genug zu tun.

Abschließend eröffnete Plöger die Seniorentage mit Hinweis auf die unterschiedlichen im ausliegenden Programm enthaltenen Angebote.

*Rolf Plöger
Seniorenbeirat der Stadt
Ostseebad Kühlungsborn*

LANDKREIS LUDWIGSLUST-PARCHIM

Neues vom Sportverein zum „Tag der Vereine“

Der Sozialausschuss der Gemeinde Pinnow hatte zum „Tag der Vereine“ am 7. Mai von 11.00 bis 17.00 Uhr rund um das Gemeindehaus aufgerufen. Wenn auch während der Spielsaison die Freizeit unserer Sportler sehr bemessen war, haben wir uns, der Sportverein Pinnow, sehr gerne daran beteiligt.

Mit dem Ziel: „Wenn schon, dann richtig!“ bauten wir nicht nur einen Info-stand auf, an dem die Interessierten so manches Sportgerät ausprobieren konnten, sondern nutzten auch die Straße – die für uns extra gesperrt wurde – für den Aufbau einer Tischtennisplatte und zweier Kindertore. So konnten sich Groß und Klein den ganzen Tag ausprobieren. Schön anzusehen war, wie die Papas ihrem Nachwuchs zeigten, wie man mit dem Fußball umgeht. Auch viele Kontakte wurden geknüpft. Unser Höhepunkt war natürlich der Auftritt der Line-Dance-Gruppe. Schon als die Besucher die Musik hörten, kamen sie herbei. Unsere Übungsleiterin erklärte den Zuschauern die verschiedenen Schritte der vier Tänze und tanzte sie dann mit ihren Seniorinnen vor. Das kam an! Alle klatschten begeistert mit. Und so manch einer sprach mich hinterher an, ob auch er ...?



Auch Sitzsport fördert Muskulatur!

Foto: Brigitte Rabeler

Eine Stunde später zeigte unsere Sturzpräventionsgruppe, mit welchen Übungen sie sich gesund erhalten. Auch hier wurde Bedarf angemeldet. Gemäß dem Motto von Kneipp: „Wer keine Zeit für seine Gesundheit hat, wird später viel Zeit für seine Krankheit brauchen“, werden wir uns auch weiterhin der Gesunderhaltung von Jung und Alt widmen. Zum Schluss möchte der Vorstand allen Helfern

DANKE sagen. Sie haben dafür gesorgt, dass der Verein den Bürgerinnen und Bürgern zeigen konnte, welche Möglichkeiten der aktiven Bewegungen ihnen angeboten werden, um möglichst lange ihre geistige und körperliche Fitness zu bewahren.

Brigitte Rabeler
Vorsitzende SV-Petermännchen e.V.
Pinnow

Mitgliederversammlung im März 2022

Die Corona-bedingten Einschränkungen haben uns, den Kreissenorenbeirat des Landkreises Ludwigslust Parchim, in unserer Arbeit während der letzten zwei Jahre sehr eingeschränkt. Dies betraf besonders die Möglichkeit der Durchführung von Mitgliederversammlungen. Die letzte Mitgliederversammlung organisierten wir im September 2021. Dazwischen lagen nun wieder sechs Monate, in denen wir mit unseren Mitgliedern keinen persönlichen Kontakt hatten.

Umso mehr freuten wir uns als Vorstand darauf, die Mitgliederversammlung am 22. März im neuen Kongressgebäude, dem „Solitär“ im Landratsamt in Parchim durchführen zu können. Ein weiterer Grund zur Freude war die rege Teilnahme unserer Mitglieder. Der Konferenzraum war voll. Sicherlich war unsere anspruchsvolle Tagesordnung auch ein Grund für die gute Beteiligung. Heidrun Dräger, Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises und Fachdienst-

leiterin Gleichstellung, Generationen und Vielfalt, hatte zuerst das Wort. Sie begrüßte die Mitglieder des Kreissenorenbeirates und richtete herzliche Grüße von Landrat Stefan Sternberg aus. Im Weiteren erläuterte sie die momentane Krise, die durch den Krieg in der Ukraine entstanden ist. Sie wünschte allen Teilnehmern der Mitgliederversammlung einen erfolgreichen Austausch und gute Gespräche.

Fortsetzung auf Seite 30

Fortsetzung von Seite 29

Der nächste Tagesordnungspunkt beinhaltete die landesweite Projektinitiative der Qualifizierung von ehrenamtlichen Technikexperten – den SilverSurfern – in Mecklenburg-Vorpommern. Helmut Breitag machte auf die Möglichkeiten, die dieses geförderte Projekt für Seniorinnen und Senioren bietet, aufmerksam. Seit September 2020 ist der Projektträger der Landesring M/V des Deutschen Seniorenringes e.V.

Ziel des Projektes ist, Technologien in den Alltag älterer Menschen zu integrieren und sie zum Umgang mit den neuen Medien zu befähigen. Die SilverSurfer helfen ehrenamtlich bei Fragen und Problemen rund um das Thema Smartphone und Tablet. Vorher werden sie in intensiven Schulungen auf ihren Einsatz vorbereitet. Schwerpunkte des Landesprojektes sind Gewinnung und Ausbildung von ehrenamtlichen Multiplikatoren „SilverSurfer“, Weiterbildung der aktiven SilverSurfer sowie Erfahrungsaustausch und Vernetzung der aktiven SilverSurfer.

Im Weiteren ging es um den Bericht unseres Vorstandes. Unsere Vorsitzende, Ilona Mundt-Schalk, berichtete, dass wir die zwei vergangenen Jahre unter erschwerten Bedingungen versucht haben, zusammenzuarbeiten. Der Kreissenorenbeirat ließ sich nicht entmutigen und die Kontakte wurden aufrechterhalten.

Der Kreissenorenbeirat besteht nach der Kreisgebietsreform seit 10 Jahren. Ilona Mundt-Schalk bedankte sich für die gute Zusammenarbeit und das gemeinsame Wirken in allen Belangen unserer Seniorinnen und Senioren. 10 Jahre Kreissenorenbeirat, 10 Jahre gute Arbeit im Interesse der Senioren.

Die Ausrichtung der 3. Seniorentage im Jahr 2016 war einer unserer Schwerpunkte in diesen 10 Jahren. Der Kreissenorenbeirat besuchte die Senioren in Plau am See, in Pinnow



Starke Beteiligung im neuen Kongressgebäude „Solitär“.

Foto: Landkreis LUP

und in Hagenow und führte dort mit den ansässigen Seniorinnen und Senioren Veranstaltungen durch.

Ein interessanter Besuch war auch der Besuch in Dobbertin. Vorab ein Gespräch mit dem Bürgermeister und dann die Führung durch das „Dorf im Dorf“. Wir erhielten Aufschluss darüber, wie altersgerechtes Wohnen gestaltet werden kann.

Die einzelnen Mitglieder berichteten nun aus ihren Kommunen.

Nach dem Mittagessen in der neuen „Speiseanstalt“, hörten wir einen Beitrag zur Seniorensicherheit unter dem Motto „Sicher Leben – Informationen zu Kriminalitätsrisiken“ vom Seniorensicherheitsberater Bernd Fritsch.

Es besteht in allen Landkreisen und kreisfreien Städten die Möglichkeit, Seniorensicherheitsberater für Präventionsveranstaltungen von Seniorengruppen kostenlos anzufordern. Darauf machte uns Bernd Fritsch aufmerksam. Zugleich hat sich auch das

Beratungsangebot erweitert. Neben diversen Kriminalitätsrisiken sprechen die Gesetzeshüter a.D. aus den Polizeipräsidien, auch über das Verhalten und die Gefahren im Straßenverkehr.

Die Seniorensicherheitsberater wissen, wie raffiniert und flexibel Kriminelle vorgehen, um an Geld und Wertgegenstände von älteren Menschen zu gelangen. Deshalb richten sie ihre Beratungstätigkeit auf Inhalte aus, die insbesondere Seniorinnen und Senioren betreffen. Die Kontakte zu den Seniorensicherheitsberatern werden über die Kreispräventionsräte hergestellt.

Danach erlebten wir einen tollen kulturellen Beitrag von Dörte Spangehl. Die sehr informative Veranstaltung war danach gegen 16:00 Uhr zu Ende.

Jutta Messer

Vorstandsmitglied Kreissenorenbeirat
Landkreis Ludwigslust-Parchim

LANDKREIS NORDWESTMECKLENBURG



Neuer Seniorenbeirat gewählt

Nach mehreren Aufrufen in den Medien wurde zur Mitarbeit im Seniorenbeirat der Hansestadt Wismar gebeten. Leider konnte die Stadt nur zwei neue Mitglieder für diese ehrenamtliche Arbeit gewinnen. In der konstituierenden Sitzung am 7. April wurde Karin Lechner wieder als Vorsitzende gewählt. Andrea Vogel-Lehmann übernahm den Platz der Stellvertreterin. In einem Jahr wird sie soweit eingearbeitet sein, dass sie den Vorsitz übernehmen wird.

Die Arbeit des Seniorenbeirats in den vergangenen Jahren hatte ihre Schwerpunkte in der Beratung von Seniorinnen und Senioren sowie der Pflege von Netzwerken mit Vereinen, Verbänden und anderen Seniorenbeiräten. Regelmäßige gemeinsame Veranstaltungen ermöglichten den Erfahrungsaustausch der Beteiligten. ■



Fototermin anlässlich der Neuwahl des Seniorenbeirats: Die Mitglieder des SB Wismar mit Bürgermeister Thomas Beyer (2. von links) und dem Präsidenten der Bürgerschaft, Siegfried Rakow (ganz rechts).

Seniorentag der besonderen Art am 12. Mai

Die Gäste des Seniorentags in Gadebusch bekamen in einer „Zeitreise“ einen ersten Einblick in die 800-jährige Stadtgeschichte.

Nach der langen Corona-Zwangspause konnten wir als Seniorenbeirat wieder eine solche Veranstaltung anbieten. Mit Unterstützung von Parlamentariern, Bürgern und Schülern unserer Stadt war es uns möglich, diese Zeitreise zu gestalten.

Ein Kuchenbasar, von Schülern der Heinrich-Heine-Schule angeboten, war nach der lan-

gen Pause ein willkommener Start. Dann begann die historische Zeitrei-

se mit der Übergabe des Stadtrechtes im Jahr 1225. Aus dem kleinen

Ort Godebusz sollte eine Stadt werden. Mit der Schaffung einer Münze wurde die Entwicklung begünstigt.

Verheerende Brände in den folgenden Jahrhunderten brachten Zerstörung und Leid. Zwei neu produzierte Videos stellten historische Abschnitte eindrucksvoll dar.

Unser Dank gilt allen Helfern und Unterstützern.



Zu den zahlreichen Gästen gehörte auch Karin Lechner (li.), Vorsitzende des Kreissenorenbeirates, hier mit dem Gadebuscher Bürgermeister Arne Schlie und Elli Brusch vom SB Gadebusch.

Der Seniorenbeirat
Gadebusch

Zensus 2022

Alle 10 Jahre gibt es eine Bevölkerungs- und Wohnungszählung, den Zensus. Diese statistische Erhebung ist notwendig, da viele politische Entscheidungen verlässliche Daten wie Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungszahlen sowie demografische Informationen zu Menschen, Haushalten und Familien, erfordern. Im letzten Kreistag NWM bat der Landrat um Unterstützung bei der Suche nach ehrenamtlichen Interviewerinnen und Interviewern – sogenannten Erhebungsbeauftragten – für die Befragungen in unserem Landkreis. Die Mitglieder des Kreissenorenbeirates folgten der Bitte und halfen bei der

Suche, aus unseren Reihen Seniorinnen und Senioren für diese Aufgabe zu gewinnen.

Anfang Mai werden Einwohner bundesweit, und so auch aus unserem Landkreis NWM, nach dem Zufallsprinzip Post vom Statistischen Landesamt erhalten.

Darin enthalten sind Informationen zur Vorbereitung sowie eine Terminankündigung der persönlichen Befragung.

Der Zensus gliedert sich in 2 Teile. In einem ersten Teil der Bevölkerungszählung führen die Erhebungsbeauftragten eine kurze persönliche Befragung durch. Das dauert etwa 5 bis 10 Minuten.

Die Datenerhebung umfasst für den Großteil der zu Befragenden noch einen zweiten Teil. Dieser findet über eine Online-Befragung statt. Die Zugangsdaten erhalten ausgewählte Einwohner und Einwohnerinnen von den Interviewerinnen oder dem Interviewer.

Die Befragung findet statt zwischen dem 15. Mai und 14. August 2022. Die Teilnahme am Zensus ist gesetzlich verpflichtend. Die erfassten Daten werden nicht einzeln betrachtet, sondern fließen in eine Gesamtschau für Bund, Länder und Kommunen ein. Diese Daten unterliegen strengen Anforderungen an die Datensicherheit. ■

LANDKREIS VORPOMMERN-GREIFSWALD

Benzin und Geld sparen vom Fachmann erklärt

Der Seniorenbeirat Seebad Ueckermünde arbeitet seit ca. 14 Jahren mit dem Fahrlehrer Alfons Bärwald zusammen. Im Februar haben wir den Senioren das Thema „Benzin sparende Fahrweise“ auf einer Informationsveranstaltung angeboten. Die hohen Benzinpreise treiben auch uns Senioren den Schweiß auf die Stirn, wenn wir an die Tanksäule müssen. Wir baten Herrn Bärwald um Rat, den er auch hatte. Er zeigte anhand von Anschauungstafeln, welche Einsparungsmöglichkeiten es gibt. Wo können wir zum Beispiel Benzin einsparen? Die billigste Variante

ist, das Auto stehen zu lassen und kurze Strecken mit dem Fahrrad zu fahren. Leider ist dies nicht in jedem Fall möglich, auch wenn das die Umwelt schont. Hochschalten bei 2000 Umdrehungen. Jeder sollte seine Fahrweise überprüfen und zum Beispiel vorausschauend an Kreuzungen, Ampeln und den Kreisverkehr heranfahren, indem er rechtzeitig den Fuß vom Gas nimmt und nicht zügig heranfährt und dann kurz und stark abbremst.

Unnötige elektrische Verbraucher ausschalten, da wäre die Standheizung oder die Klimaanlage des Fahrzeugs

zu nennen. Der Fachmann wies jedoch darauf hin, dass die Klimaanlage monatlich einmal in Betrieb genommen werden sollte, um sie vor Defekten zu bewahren.

Das Fahrzeug nicht überladen und den richtigen Luftdruck im Blick haben. Dachaufbauten soweit wie möglich minimieren.

Unter Beachtung dieser und weiterer Hinweise können bis zu 20 % Benzin eingespart werden!

*Manfred Quägber
Vorsitzender Seniorenbeirat
Seebad Ueckermünde*

Sicherheit durch gemeinsame Ersparnisse

Um die ökonomische Situation von alten Menschen und Menschen mit Behinderung auf Haiti zu verbessern, wurden dort dörfliche Spar- und Kreditvereinigungen aufgebaut. Es kommen Menschen zusammen, die gemeinsam sparen und kleine Darlehen aus diesen Ersparnissen nehmen. So wird es auch für arme Menschen möglich, sich ein Sicherheitsnetz aufzubauen.

Der Zweck ist die Bereitstellung einfacher Spar- und Kreditmöglichkeiten für Menschen, die isoliert oder in großer Armut leben und deshalb keinen einfachen Zugang zu offiziellen formalen Finanzdienstleistungen haben. Maßgebend beteiligt sind am Projekt die Christoffel-Blindenmission Deutschland und HelpAge Deutschland.

Studie zum Ehrenamt in der Pandemie

Ehrenamtliches Engagement verringert sich kaum in Corona-Zeiten

Corona bremst das ehrenamtliche Engagement von über 45 Jahre alten Menschen in Deutschland nur sehr wenig. Trotz Einschränkungen und Lockdowns sind sie durchschnittlich 4,3 Stunden pro Woche ehrenamtlich tätig, ähnlich viel wie vor der Pandemie. Das ist das Ergebnis einer Erhebung des Deutschen Alterssurveys (DEAS) aus dem Winter 2020/21. Der DEAS wird vom Deutschen Zentrum für Altersfragen (DZA) durchgeführt. Christine Lambrecht, geschäftsführende Bundesfamilienministerin, erklärte zur Vorstellung der Studie: „Die vielen Menschen, die sich tagtäglich überall in Deutschland ehrenamtlich engagieren, halten unsere Gesellschaft zusammen: in der Nachbarschaft, in Vereinen, in Sport und Kultur. Dieses großartige Engagement hat auch in der Pandemie kaum abgenommen, trotz vielfach großer persönlicher und familiärer Belastungen. Das zeigt, wie stabil und breit verankert ehrenamtliches Engagement in unserem Land ist.“ Auf Basis der Erhebung wurde untersucht, in welchem Umfang sich Menschen im Alter zwischen 46 und 90 Jahren ehrenamtlich in Vereinen, Initiativen oder Organisationen engagieren. An der Befragung von Novem-

ber 2020 bis März 2021 nahmen 5.402 Personen im Alter ab 46 Jahren teil. Die Ergebnisse wurden verglichen mit Befunden aus dem Jahr 2017. Der Vergleich zeigt: Mit 22,2 Prozent übte ein gutes Fünftel der 46- bis 90-Jährigen im Winter 2020/21 eine ehrenamtliche Tätigkeit in einer Organisation oder Gruppe aus; 2017 lag der Anteil bei 22,6 Prozent. Menschen im Alter von 66 bis 75 Jahren engagieren sich zu etwa einem Viertel und damit ähnlich häufig wie vor der Pandemie. Sie wenden mit 5,7 Stunden pro Woche auch überdurchschnittlich viel Zeit für ihre ehrenamtliche Tätigkeit auf. Bei den 76- bis 90-Jährigen ist die Quote deutlich niedriger, aber auch in dieser Gruppe engagiert sich noch knapp jede und jeder Fünfte ehrenamtlich. Ebenfalls je zu etwa einem Fünftel engagieren sich Frauen sowie Menschen mit niedrigerer oder mittlerer Bildung; bei den Männern und bei Menschen mit hoher Bildung ist jeweils mehr als ein Viertel ehrenamtlich tätig. Julia Simonson, Erstautorin der Studie und Forschungsleiterin des DZA, stellt fest: „Das Ehrenamt erweist sich als krisenresistent. Hervorzuheben ist der hohe Beitrag, den Menschen im frühen Ru-

hestandsalter leisten, und das gleichermaßen zu Pandemiezeiten wie vorher.“ Von den Einschränkungen der Corona-Maßnahmen und insbesondere den Kontaktbeschränkungen war die organisierte Zivilgesellschaft in Deutschland stark betroffen. Viele Ehrenamtliche konnten ihre Tätigkeit nicht wie gewohnt ausüben. Wie die aktuelle Erhebung des DEAS zeigt, hat dies jedoch nicht zu einem nennenswerten Rückgang des ehrenamtlichen Engagements geführt. Vielmehr zwang die Pandemie Vereine und Einrichtungen, die Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Tätigkeiten den Vorgaben der Corona-Maßnahmen anzupassen. Der zeitliche Umfang im Ehrenamt blieb dabei aber weitgehend stabil. Ehrenamtliches Engagement ist eine wichtige Form der Partizipation und wichtig für die soziale Integration in die Gesellschaft. Gerade im Alter bietet die Ausübung eines Ehrenamtes Beteiligungsmöglichkeiten, die mit dem Erwerb und der Pflege sozialer Kontakte und neuer Fähigkeiten und Kenntnisse einhergehen können. Studien zeigen darüber hinaus, dass ehrenamtliches Engagement einen positiven Einfluss auf Gesundheit und Lebenszufriedenheit haben kann. ■

Preise für den DigitalPakt Alter

Unternehmenswettbewerb kürt seniorenfreundliche digitale Lösungen

Die Initiative DigitalPakt Alter hat Unternehmen für innovative digitale Lösungen ausgezeichnet, die die Teilhabe älterer Menschen stärken. Die Auszeichnungen des Unternehmenswettbewerbs Seniorenfreundlich.Digital. Erfolgreich wurden von der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Anne Spiegel, im Rahmen einer digitalen Preisverleihung überreicht. Die Preisträger sind zwei Ent-

wickler von seniorenfreundlichen Bedienkonzepten für Smartphone und Tablet, eine Anwendung für virtuelles und interaktives Vorlesen, ein umfassender Service für altersgerechtes Wohnen und ein bundesweites Beratungsangebot für das digitale Zuhause. Insgesamt gab es 51 Bewerbungen. Der DigitalPakt Alter wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der

BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen – initiiert. „Die eingereichten Lösungen zeigen eine große Vielfalt und Innovationskraft der Unternehmen“, so Bundesministerin Spiegel. „Die Bandbreite reicht von ganz jungen Startups bis hin zu etablierten DAX-Unternehmen. Einfache, nutzerfreundliche Lö-

Fortsetzung auf Seite 34

Fortsetzung von Seite 33

sungen erleichtern Seniorinnen und Senioren den Einstieg in die digitale Welt und sind damit zukunftsweisend. Mit dem Unternehmenswettbewerb geben wir Impulse für einen barrierefreien Zugang in die digitale Welt für alle.“ BAGSO-Vorsitzende Dr. Regina Görner betont die wichtige Rolle, die ältere Menschen als Konsument*innen einnehmen: „Digitale Produkte können für ältere Menschen von großem Nutzen sein, aber digital allein reicht nicht: Die Qualität muss stimmen, und dazu gehört zunächst, dass Entwickler und Hersteller begreifen, was den Menschen wirklich nutzt. Ältere werden da

viel zu oft gar nicht gefragt. Es geht allerdings auch anders! Das zeigen die Preisträger im Wettbewerb.“

Die Produkte und Services der ausgezeichneten Unternehmen unterstützen ältere Menschen beim Zugang und der Nutzung digitaler Technologien: Mit dem EinfachFon von Bo-Mobile GmbH lässt sich jedes Handy in ein nutzerfreundliches Smartphone umwandeln. Ein niedrigschwelliges Bedienen handelsüblicher Tablets wird mit enna von der enna systems GmbH auch für Menschen ohne jegliche Vorerfahrung möglich. Die Lesido App der Lesido GmbH verbindet Menschen durch interaktives Vorlesen mithilfe einer digitalen Bilderbuch-Bibliothek mit Videochat-Funk-

tion. Einen herstellerunabhängigen Rundumservice zu altersgerechtem Wohnen mit technischen Assistenzsystemen leistet BeHome von der Better@Home Service GmbH. Persönliche Betreuung und Unterstützung für alle Fragen rund um das digitale Zuhause – ob beim PC, Smartphone, WLAN oder TV – liefert der Digital Home Service der Deutschen Telekom AG.

Die Auswahl der fünf prämierten Unternehmen sei der Expertenjury nicht leichtgefallen, so Görner weiter. Es gab viele gute Ideen zur Stärkung der digitalen Teilhabe von Seniorinnen und Senioren. Die Gewinner erhalten das Siegel des DigitalPakt Alter für ihre ausgezeichneten Produkte. ■

Demenz braucht Stärkung häuslicher Pflege

Studie zeigt Bedeutung der vertrauten Umgebung für mehr Lebensqualität

Rund 18 Prozent der Menschen ab 80 Jahren in Deutschland sind an Demenz erkrankt. Die überwiegende Mehrheit (knapp 70 Prozent) lebt in Privathaushalten. Hochaltrige Menschen mit Demenz, die in ihren eigenen vier Wänden leben, haben im Schnitt eine höhere Lebenszufriedenheit und weniger Depressionen als gleichaltrige Demenzerkrankte in stationären Pflegeeinrichtungen. Das sind Ergebnisse des Anfang Mai veröffentlichten siebten Kurzberichts zur Studie „D80+ – Hohes Alter in Deutschland“. Sie zeigen die Bedeutung einer guten häuslichen Pflege für die Betroffenen auf. Bundesseniorenministerin Lisa Paus: „Auch wenn die Mehrheit der Menschen ab 80 Jahren sich einer guten kognitiven Gesundheit erfreut, ist eine bedeutsame Zahl Hochaltriger an Demenz erkrankt. Die Ergebnisse der Studie zeigen, wie wichtig es ist, diesen Menschen so lange wie möglich ein Leben in ihrer vertrauten Wohnumgebung zu ermöglichen. Denn die Autonomie, der Schutz und der Halt der eigenen vier Wände sind entscheidende Faktoren für die Lebensqualität

der Betroffenen und können schwerwiegende Begleiterscheinungen wie Depressionen abmildern. Dafür muss die häusliche Pflege gestärkt werden. Neben der professionellen ambulanten Pflege ist dabei ein zentraler Baustein die Unterstützung pflegender Angehöriger. Mit der im Koalitionsvertrag vereinbarten Weiterentwicklung der Familienpflegezeit und der Einführung einer Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige haben wir den richtigen Weg aufgezeigt. Das muss jetzt schnell umgesetzt werden.“

Der siebte Kurzbericht zur Studie D80+ beschreibt die Auswirkungen kognitiver Einschränkungen auf die Lebensqualität und Versorgung von Menschen ab 80 Jahren in Deutschland. Wesentliche Ergebnisse sind: 57 Prozent der Hochaltrigen haben keine kognitiven Einschränkungen. Bei einem Viertel (25 Prozent) sind leichte kognitive Beeinträchtigungen feststellbar. 18 Prozent sind an einer Demenz erkrankt.

Deutliche Unterschiede zeigen sich beim Bildungsniveau: Während nur sieben Prozent der Hochaltrigen mit

hohem Bildungsabschluss von einer Demenzerkrankung betroffen sind, sind es bei den Menschen ab 80 Jahren mit niedrigem Bildungsabschluss 28 Prozent.

Fast 38 Prozent der Demenzerkrankten in Privathaushalten werden weder von ihren Angehörigen gepflegt noch erhalten sie Unterstützung von einer Tagespflege oder einem ambulanten Pflegedienst. Das weist darauf hin, dass viele Menschen mit Demenz nicht dem Stigma der schwer pflegebedürftigen und betreuungspflichtigen Personen entsprechen. Allein leben kann gerade zu Beginn der Erkrankung möglich und stärkend für die Betroffenen sein – aber auch kritisch, wenn die Versorgung nicht sichergestellt ist.

Die subjektiv empfundene Lebensqualität ist bei Menschen ab 80 Jahren mit Demenz niedriger als bei Gleichaltrigen ohne oder mit nur geringen kognitiven Einschränkungen. Demenzerkrankte, die zu Hause leben, schätzen ihre Lebensqualität jedoch im Vergleich höher ein als diejenigen, die in stationären Pflegeeinrichtungen untergebracht sind. ■

Zum Tag der Pflege am 12. Mai 2022

BIVA-Pflegeschutzbund fordert echte Pflegereform

Während der Corona-Pandemie genoss die Altenpflege so große Aufmerksamkeit wie noch nie. Doch grundlegend verbessert hat sich die Situation der Pflegebedürftigen und der Pflegekräfte nicht, ist das ernüchternde Fazit des BIVA-Pflegeschutzbundes. Anlässlich des „Tags der Pflege“ am 12. Mai forderte dessen Vorsitzender Dr. Manfred Stegger: „Wir brauchen eine echte Pflegereform, die die Arbeitsbedingungen der Pflegenden und damit die Pflegequalität verbessert.“

Die bisherigen Reformbemühungen sind für Stegger unzureichend. Zwar haben sich in den vergangenen Jahren die Kosten für den Steuerzahler und vor allem die Zuzahlungen der Pflegebedürftigen immer weiter erhöht. Dies

habe aber weder zu spürbaren Verbesserungen für die Bewohnerinnen und Bewohner geführt, noch habe man dadurch die dringend benötigten Pflegekräfte gewinnen können.

Im Gegenteil: Die Zahl unbesetzter Stellen steigt weiter an. Eine repräsentative Befragung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung kommt aktuell zu dem Ergebnis, dass 300.000 Vollzeit-Pflegekräfte in den Beruf zurückkehren würden – unter besseren Arbeitsbedingungen. „Einmalzahlungen wegen Corona und etwas mehr Gehalt reichen dazu nicht aus“, so Stegger, „die Menschen wollen ihren Job vernünftig machen und verlieren ihre Motivation, weil das unter den jetzigen Bedingungen nicht gelingt.“

Die Gründe hierfür seien grundsätzlich der Art: „Solange im System falsche Anreize gesetzt werden, die den Einsatz von zu wenig Personal finanziell belohnen, wird sich das nicht ändern“. Momentan ist es so, dass eine Einrichtung, die zu wenig oder unterbezahltes Pflegepersonal einstellt, ihre Leistungen am Markt günstiger anbieten kann als eine Einrichtung, die gut bezahltes und ausreichendes Personal vorhält. Nötig sei eine echte Pflegereform, die diese Missstände behebt, aber gleichzeitig die Pflegebedürftigen finanziell entlastet. Stegger verweist in dem Zusammenhang auf bestehende Studien und Modelle, insbesondere auf die Deckelung des Eigenanteils im Sinne eines „Sockel-Spitze-Tausches“. ■

IMPRESSUM

Herausgeber und Redaktionsanschrift:

Landesseniorenbeirat
Mecklenburg-Vorpommern e.V.,
Haus der Begegnung Schwerin,
Perleberger Straße 22,
19063 Schwerin,
Tel.: (0385) 5 55 79 70 oder 5 55 79 93,
Fax: (0385) 5 55 89 61
E-Mail: lsb@landesseniorenbeirat-mv.de
www.landesseniorenbeirat-mv.de

Vorsitzender: Bernd Rosenheinrich
Redaktion: Uwe Allwardt (V.i.S.d.P.)

Gefördert vom Ministerium für
Soziales, Gesundheit und Sport
Mecklenburg-Vorpommern

Gestaltung: Produktionsbüro Tinus

Veröffentlichte Meinungen müssen
nicht mit der Meinung der Redaktion
übereinstimmen.

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplar erwünscht.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
15. Mai 2022; Redaktionsschluss
für Nr. 3/2022: 15. August 2022

Bilanz Projekt Digital-Kompass

Digitale Teilhabe älterer Menschen ermöglicht

Seit Sommer 2018 ist der Digital-Kompass kontinuierlich gewachsen. Von einer ersten Idee, zu einem tatsächlichen Projekt bis hin zu einem deutschlandweit renommierten Netzwerk aus großartigen Menschen, die sich für die digitale Teilhabe älterer Menschen einsetzen. Dank der Unterstützung und Fördermitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz konnte der Digital-Kompass über Jahre hinweg etabliert und ausgebaut werden. Mit dem Ende der laufenden Projektperiode in diesem Frühjahr freut sich das Team schon heute auf neue Aufgaben und Herausforderungen, um die Kompetenzen von älteren Menschen auch künftig über sein Netzwerk zu unterstützen. An dieser Stelle soll auf die Erfolge des Digital-Kompass zurückgeblickt werden. Zur Veranschaulichung hier einige Zahlen. So wurden seit Beginn des Digital-Kompass bis heute ...

... über **80** Lern- und Lehrmaterialien konzipiert, ... haben über **1.000** digitale Stammtische und Sprechstunden stattgefunden, ... wurden rund **2.500** Beiträge über Digital-Kompass Standorte in Zeitungen, Online-Medien, Hör- und Rundfunk veröffentlicht, ... haben über **20.000** Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Veranstaltungen des Digital-Kompass teilgenommen (vor Ort + digital) und ... über **215.000** Leserinnen und Leser die Webseite www.digital-kompass.de besucht. Doch die wichtigste Zahl des Digital-Kompass ist zweifelsfrei die **100**. Ganz besonders durch das unermüdliche Engagement der **100** Digital-Kompass Standorte wagen sich immer mehr Seniorinnen und Senioren ins Internet, lernen spielerisch den Umgang mit Smartphone, Tablet & Co. und finden in ehrenamtlichen Internetlotsinnen und -lotsen zugewandte Unterstützung bei Fragen rund um die digitale Welt. ■



**Informieren Sie sich.
Wir beraten Sie gern.**

Vollstationäre Pflege
Kurzzeitpflege
Verhinderungspflege
Urlaubspflege
Betreutes Wohnen
Mietwohnen

Der **Wohnpark Zippendorf** ist eine
Seniorenwohnanlage direkt am Schweriner Innensee.

Auf dem weitläufigen Gelände vereinen sich stationäre
Pflegeeinrichtung, Betreutes Wohnen und Mietwohnen.

Ruhig ist es hier und das zu jeder Jahreszeit.

Der Straßenlärm ist fern und die Strandpromenade ist in 5 Minuten zu erreichen.

Es bieten sich reichlich Kontaktmöglichkeiten beim Einkaufen im „Park-Shop“, bei einem
Besuch im „Park-Café“, bei Spaziergängen oder an schönen Tagen beim Verweilen auf
den Parkbänken in der Grünanlage oder auf den Terrassen.

Freundliches Fachpersonal vermittelt ein Gefühl von Geborgenheit und gewährleistet
qualifizierte Pflegeleistungen in allen Pflegestufen.

Wir wollen dem Menschen dort begegnen, wo er steht und ihn ein Stück seines Lebens
begleiten.



Wohnpark Zippendorf, Alte Dorfstraße 45 , 19063 Schwerin

Einrichtungsleiter: Sven Kastell, Tel.: 0385 / 20 10 10 0

www.wohnpark-zippendorf.de